



SOZIALE GERECHTIGKEIT



Soziale Stadtentwicklung:
**Bielefelder
Lebenslagenbericht**

Umwelt & Klima:
**Naturschutz für die
Johannisbachaue**

Schulpolitik:
Sekundarschule

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

die letzte **big** 2016 widmen wir dem Schwerpunkt Soziale Gerechtigkeit – und damit einem der zentralsten Themen für das Wahljahr 2017.

Bereits jetzt zeigt sich unter anderem an der bundesweiten Debatte zur Rentenpolitik, dass die Frage der sozialen Gerechtigkeit Kernthema des Bundestagswahlkampfes sein wird. Die soziale Schere ist für Gesellschaft und Politik eine Herausforderung, die auf allen Ebenen angegangen werden muss: Deutschland gilt als reiches Land, die wirtschaftliche Lage ist gut – dennoch stieg das Armutsrisiko zuletzt wieder, um nur eine Baustelle zu benennen. Das Vermögen ist in Deutschland extrem ungleich verteilt, 52 Prozent des Nettovermögens verteilen sich auf nur zehn Prozent der Bevölkerung.

Die GRÜNEN befassten sich im Juni 2016 beim Sozialkongress ausgiebig mit dem Thema „Soziale Gerechtigkeit“ und trafen beim Bundesparteitag im November mit dem Beschluss „Wir investieren in Gerechtigkeit“ wegweisende Entscheidungen. Die Ansätze zielen auf Familienförderung, wirtschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern, Chancengleichheit durch Investitionen in (frühkindliche) Bildung, aber auch, wie durch die Einführung einer Vermögenssteuer, auf Umverteilung für sogenannte Superreiche ab. Mehr dazu in **Britta Haßelmanns** Artikel „Wir stärken den Zusammenhalt“.

Dass auch auf kommunaler Ebene noch Arbeit vor uns liegt, zeigen unter anderem der kürzlich veröffentlichte Lebenslagenbericht und der Kommunale Lernreport 2016. Bielefeld ist kein Hort der Glückseligkeit – große Ungleichheit ist zum Beispiel zwischen einzelnen Stadtteilen, aber auch zwischen Generationen feststellbar. **Robert Stölner** und **Silvia Bose** ordnen diese Entwicklungen im Schulbereich ein, während **Iris Ober** und **Joachim Hood** die kommunalpolitischen Baustellen bei der Armutsbekämpfung benennen.

Natürlich finden auch die anstehenden Wahlen ihren Platz in unserer Winter-big. Der Landesparteitag NRW Anfang Dezember stellte nicht nur die Kandidat*innenliste zur Bundestagswahl auf, sondern verabschiedete das 240 Seiten starke Programm zur Landtagswahl am 14. Mai 2017. **Matthi Bolte** schildert in seinem Artikel zum Parteitag die zentralen Punkte des Programms, das ihr natürlich schon online einsehen könnt. Zu den strategischen Planungen zum Wahlkampf lest Ihr mehr ab Seite elf.

Ich möchte mich an dieser Stelle vorläufig von Euch verabschieden – denn dies ist mein letztes Editorial für die nächsten Monate. Ende 2016 gehe ich in Elternzeit und **Wiebke Vetter** wird mich als Kreisgeschäftsführerin vertreten.

Die big-Redaktion wünscht Euch vor dem herausfordernden Jahr 2017 eine schöne und erholsame Weihnachtspause und hofft, Euch bei einem der zahlreichen GRÜNEN Termine Anfang 2017 wieder zu treffen!

Herzliche Grüße
Lisa Waimann

Inhaltsverzeichnis

- 3 **Magazin**
- 4 **Bedrohung der Demokratie: Was heißt das für kommunale Bildungspolitik?**
ein Gastbeitrag von Angelika Birk
- 5 **Segregation: Auf dem Weg zur Spaltung**
ein Gastbeitrag von Robert Stölner
- 5 **Segregation: Lernreport spricht Bände**
von Silvia Bose
- 6 **Neuer Lebenslagenbericht**
von Iris Ober
- 7 **Grabeland für Wohnungsbau**
von Stephan Godejohann
- 8 **Wir stärken den Zusammenhalt!**
von Britta Haßelmann
- 9 **Britta Splitter**
- 10 **Konferenz Geld.Macht.Politik - ein Bericht**
von Ute Koczy
- 11 **Wahljahr 2017 - Wir packen's an!**
von Lisa Waimann
- 12 **LDK: Mehr Zukunft war nie!**
von Matthi Bolte
- 14 **Ein Interview mit Toni Hofreiter**
- 16 **Sekundarschule Bethel**
von Silvia Bose und Wiebke Vetter
- 18 **Naturschutz Johannisbachaue**
von Jens Julkowski-Keppler
- 19 **Kommunale Splitter**
- 20 **LWL in Kürze**
von Jens Brunicki
- 21 **Bericht vom Bundesfrauenrat**
von Christina Osei
- 21 **Das Verpackungsgesetz: Wie viel C2C steckt drin?**
- 22 **Neues aus dem Vorstand: Wandel, Wahlen, Wechsel**
- 23 **GRÜNE Jugend: Über Donald Trump**
- 24 **Termine**

Impressum

Herausgeber:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Bielefeld
Wahlkreisbüro Britta Haßelmann (MdB)
Wahlkreisbüro Matthi Bolte (MdB)
Alle: Kavalleriestr. 26, 33602 Bielefeld
Ratsfraktion: Niederwall 25, 33602 Bielefeld
Redaktion: Claudia Heidsiek, Gaby Grosser, Klaus Rees, Lisa Waimann, Schahina Gambir, Michael Gorny, Mouna Willmann, Silvia Bose, Wiebke Vetter, Alexander Ringler
Druck: anzeigen&mehr
Fotos: fotolia.de, pixabay.de und privat

Wiebke Vetter übernimmt Kreisgeschäftsführung



Liebe GRÜNE Bielefelder*innen, zum 1.12. übernehme ich die Elternzeitvertretung für Lisa und bin bis Ende nächsten Jahres Eure Kreisgeschäftsführerin. Ich hatte schon 2014, zwischen Marianne und Lisa, die Geschäftsführung für drei Monate interimswise übernommen, nachdem ich Euch zuvor als Praktikantin und Wahlkampfshelferin im Kommunal- und Europawahlkampf unterstützt habe.

Für alle, die mich noch nicht so gut kennen, noch mal ein paar persönliche Facts zu mir:

Ich bin 26 Jahre alt und in einer kleinen Stadt in der Lüneburger Heide aufgewachsen. Für mein Bachelor-Studium der Politikwissenschaft und Soziologie bin ich 2010 nach Bielefeld gekommen. 2014 bin ich für mein Masterstudium in afrikanischer Geschichte nach Berlin gegangen, wo ich seitdem eine neue Heimat gefunden habe.

Meine Zeit als Kreisgeschäftsführerin wird durch die Landtags- und Bundestagswahl sehr aufregend und arbeitsreich für uns alle sein. Doch die letzten Wochen und Monate haben uns gelehrt, wie wichtig es ist, dass wir GRÜNE vor Ort auch weiterhin laut und präsent sind. Deswegen freue ich mich umso mehr auf die Wahlkämpfe und die Zusammenarbeit mit Euch in den nächsten Monaten.

Viele Grüße und bis bald
Eure **Wiebke**



Spitzenergebnis für Britta!

Die GRÜNEN NRW haben auf ihrem Landesparteitag in Oberhausen Britta Haßelmann mit 96,2 Prozent auf den Listenplatz eins der Landesliste für den Bundestag gewählt. Britta wird somit die Spitzenkandidatin der GRÜNEN NRW im Bundestagswahlkampf 2017 sein.

Wir beglückwünschen Britta zu diesem überragenden Ergebnis und freuen uns auf einen erfolgreichen Bundestagswahlkampf mit unserer Spitzenkandidatin.

Erhöhung der Beiträge 2017

Liebe Mitglieder,

unsere GRÜNE Finanzordnung sieht vor, dass der Mitgliedsbeitrag für Mitglieder mit einem steuerpflichtigen Einkommen jährlich um drei Prozent erhöht wird. Turnusgemäß findet diese Erhöhung wieder im Januar 2017 statt. Falls du damit nicht einverstanden bist, schick uns einfach eine E-Mail ans KV-Büro. Ermäßigte Beiträge werden selbstverständlich nicht erhöht.

Neuer Vorstand der GRÜNEN OWL

Der Bezirksrat der GRÜNEN OWL hat am 4.11. einen neuen Vorstand gewählt. Dominic Hallau, Sprecher der GRÜNEN Bielefeld, wurde bei den Wahlen als Beisitzer in den Vorstand gewählt. Dominic folgt auf den Bielefelder Bernd Ackehurst, der nicht erneut zur Wahl stand. Wir wünschen Dominic für seine neue Aufgabe viel Erfolg und danken Bernd herzlich für sein Engagement in den letzten Jahren.

Als Vorsitzende folgt die Gütersloher Landtagsabgeordnete Wibke Brems (35 Jahre) auf Sigrid Beer (MdB), die nicht mehr kandidierte. Mit Wibke Brems und der wiedergewählten Lipperin Ute Koczy (55 Jahre) steht damit wieder ein Frauenteam an der Spitze.



Schahina Gambir leitet Matthis Büro

Seit Mitte 2016 leitet Schahina Gambir das Wahlkreisbüro für den Landtagsabgeordneten Matthi Bolte nachdem Michael Basten in das Düsseldorfer Büro wechselte. Die gelernte Veranstaltungskauffrau und Politikwissenschaftlerin (B.A) macht zur Zeit



ihren Master in Gender Studies an der Universität Bielefeld. Schahina machte im Sommer 2015 ein Praktikum in der Geschäftsstelle und arbeitete seitdem unter anderem für den KV und Terry Reintke (MdB) im Düsseldorfer Regionalbüro.

Bedrohung der Demokratie

Eine Aufgabe für kommunale Bildungspolitik

Scheinbar über Nacht fallen westliche Wissensgesellschaften in längst überwunden geglaubte Formen des Glaubens an Mythen zurück. Auf überwiegend demokratischen Wegen kommen Demagogen an die Macht, die vor allem Hass sähen – nicht nur gegen Einwanderung und Minderheiten, sondern gegen alles, was bisher als Ziel moderner Demokratien galt: Gleichberechtigung und offener Zugang zu sich ständig weiter entwickelnden Hochkulturen.

Die Botschaft der nationalen Populisten, heißt: Vergesst die Überwindung der Armut durch mehr Bildung! Vergesst diesen Betrug der dekadenten Eliten! Gut bezahlte Jobs, schönes Leben in Sicherheit, und Macht für Euch gibt es auch ohne gute Schule, aber nur mit uns, und nur für Euch. In Deutschland sollten wir uns mit diesem Versprechen besonders gut auskennen. Es zerstörte zu nächst nur die Weimarer Republik ...

Die Laborschule Bielefeld

Die Gegenbewegung nach dem Nationalsozialismus war in Westdeutschland der Aufbruch Ende der sechziger Jahre. Willi Brands Reaktion meinte mit „Mehr Demokratie wagen“ auch eine andere Bildungspolitik, Teilhabe am Wissen der Welt und Aufstieg für alle. Es gibt in Deutschland keinen anderen Schulversuch, der sich diesem Anspruch stellte, wie seit 1970 die Laborschule Bielefeld. „An dieser Schule sollen Kinder und Jugendliche von klein auf lernen, wie man gemeinsame Angelegenheiten miteinander regeln kann. Die Schule soll ein Lebens- und Erfahrungsraum sein, eine Gesellschaft im Kleinen, wo die Verhaltensweisen, die wir von mündigen Bürger*innen erwarten, täglich gelebt und gelernt werden. Ein klar definiertes Gründungsziel lautete: Nie wieder ein zweites 1933!“ So das Credo auf der Homepage der Schule noch heute. Bis heute werden Vertreter*innen der Laborschule Bielefeld eingeladen, wenn es um den Aufbruch zu einer demokratischen offenen Schule geht, um kindgerechtes Lernen in angemessenen Formen des Schulbaus, um Kooperation der Schule von Kita bis Hochschule und die Einbettung in die kommunale Nachbarschaft und wenn es um eine ständig lernende, sich selbst reflektierende Organisation geht. In Bielefeld selbst werden manche wissen, wo auch an diesem Leuchtturm der Putz blättert, aber dennoch: Er leuchtet! Und gerade jetzt geben Schulen, die diese Ziele in die Praxis umzusetzen versuchen, eine unverzichtbare Orientierung. Kommunen brauchen engagierte Schulen, Schulen brauchen engagierte Kommunen!

Der kommunale Bildungsauftrag

Die Forschung zeigt uns heute: Lernen beginnt im Mutterleib und endet erst mit dem Tod. Selbst bei Menschen mit Demenz organisieren sich die verbleibende Bereiche des Gehirns zur Orientierung im Alltag immer wieder neu. Sozial gerechte Kommunalpolitik muss daher ihren Einwohner*innen lebenslanges Lernen ermöglichen. Von der Stadtentwicklung bis zum Kultur- und Sportangebot und für alle Alters- und Einkommensgruppen. Schon vor mehr als zehn Jahren formulierte der Deutsche Städtetag: Es gibt einen umfassenden kommunalen Auftrag für Bildungsgerechtigkeit in allen Lebensbereichen. Diesen Auftrag müssen wir gestalten, indem die Kooperation zwischen Land und Kommune auf Augenhöhe bewerkstelligt wird und dem der Bund durch eine andere Steuer- und Förderpolitik Rechnung tragen muss. Diese wesentliche Bildungsaufgabe wurde bisher nur im Bereich

der Kinder- und Jugendpolitik zur gesetzlichen kommunalen Pflichtaufgabe erklärt. Doch schon Einrichtungen der Familienbildung oder der Jugendfreizeit werden gern fälschlich als freiwillig bezeichnet und damit leider oft klein gemacht. Alle anderen Bereiche, von Stadtbibliothek bis Schwimmbad, von Parkbänken bis Denkmalpflege gelten sowieso als freiwillige Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung. Ausgerechnet die Kommunen mit einem hohen Anteil armer Bevölkerung müssen diese zuerst reduzieren. So wird Bildungsarmut auch in Deutschland immer noch systematisch verschärft. Erfolgreiche, vielseitige, formelle Bildung, aber vor allem informelle Bildung durch abwechslungsreiche Kultur- und Sinneserfahrung vor Ort und durch Reisen bleiben Privilegien. Genau dies greifen Populisten von rechts auf.

Hilfe für kommunale Bildungslandschaften

Immer mehr Kommunen verstehen sich als kommunale soziale Bildungslandschaften. Sie dokumentieren Bildungswege ihrer Stadtteile, organisieren Bildungsberatung für alle und verknüpfen Bildungs-, Jugend- und Kulturförderprogramme verschiedenster überregionaler Behörden und Stiftungen zu einem Netzwerk gesellschaftlichen Lernens. Dabei können sie den kostenlosen Rat der neuen Transferagenturen in jedem Bundesland nutzen, die beim Aufbau einer solchen kommunalen Bildungslandschaft und auch bei der großen Aufgabe der Integration helfen. Hierbei sollten Kommunen aber nicht nur über mangelndes Geld reden, sondern vielmehr öffentlich und selbstbewusst darüber, wie sie gerade trotz aller Stolpersteine die Wege ihrer Bildungslandschaft neu gestalten.



Angelika Birk ist Dezernentin für die Bereiche Bildung, Soziales, Wohnen, Jugend und Arbeit der Stadt Trier.

Innerstädtische Segregation

Auf dem Weg zur Spaltung

Menschen mit verschiedenen hohen Einkommen, Bildungsabschlüssen oder mit unterschiedlichem ethnischen Hintergrund sind ungleichmäßig in der Stadt verteilt. Das kann für Grundschulen und Kitas zum Problem werden.

Robert Stölner: Grundschüler*innen leiden unter ungünstigen familiären Startbedingungen. Ihre Lernmöglichkeiten sind gehemmt, wenn die Eltern keinen Schulabschluss haben, wenig Geld verdienen oder sich nicht gut ausdrücken können. Ein leistungsschwaches Lernumfeld verstärkt die negative Situation noch einmal – und nicht wie oft behauptet der Migrationshintergrund. Anders herum profitieren Kinder aus bildungsnahen Elternhäusern in einer leistungsstarken Umgebung doppelt. Denn wer hat, dem wird gegeben!



Deutsche Großstädte sind bunt und multiethnisch. Gemeinsames Spielen und Lernen in Kitas und Grundschulen finden allerdings weniger statt. In Städten mit bis zu 500.000 Einwohner*innen besuchen fast 60 Prozent aller Grundschüler*innen mit Migrationshintergrund eine segregierte Schule. Also eine Schule, an der oft viele Kinder mit ungünstigen familiären Startbedingungen lernen und die daher oft ein leistungsschwaches Lernumfeld bietet. Auf so eine segregierte Grundschule gehen nur rund 20 Prozent der Kinder ohne Migrationshintergrund.

In der Kita sieht es ähnlich aus: Mehr als ein Drittel der Kinder mit nicht deutscher Familiensprache besucht eine Kita, in der die Mehrheit der anderen Kinder ebenso kaum Deutsch spricht. In Ballungszentren liegt diese Quote sogar bei über 50 Prozent. Das ist eine äußerst bedenkliche Entwicklung angesichts des von allen Seiten gewünschten sprachlichen Kompetenzerwerbs in Kitas. Zudem hat eine neue Studie gezeigt, dass Kinder mit Migrationshintergrund sowie Kinder aus sozial benachteiligten Familien seltener und später Kitas besuchen, obwohl sie von einer längeren Kita-Zeit stärker profitieren würden.

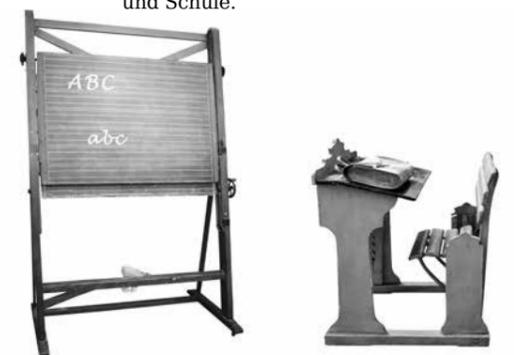
Es gibt also Gründe diese einrichtungsbezogene Segregation aufzulösen oder zumindest abzumildern. Beförderung der Schüler*innen, neue Schulbezirksgrenzen, Magnetschulen mit besonderem Konzept und Bildungsgutscheine zeigen nur kleine Erfolge und eignen sich noch viel weniger als Patentrezepte für eine Vielzahl von Bildungseinrichtungen. Nach derzeitigem Kenntnisstand scheint es für segregierte Grundschulen und Kitas erfolgversprechender zu sein, wenn sie gemeinsam Strategien mit den bildungspolitischen Akteur*innen vor Ort entwickeln. Solche Maßnahmen zielen darauf, die Schule oder Kita interkulturell zu öffnen, das pädagogische Personal fortzubilden, Elternarbeit zu stärken oder auch die Kooperationen mit Einrichtungen der kommunalen Bildungslandschaft anzuregen.

Segregation

Lernreport spricht Bände

Bildungsgerechtigkeit gibt es auch in Bielefeld nicht. Einige Quartiere drohen, abgehängt zu werden.

Silvia Bose: Wie ungleich die Chancen von Kindern sind, macht ein Beispiel aus dem jüngsten Lernreport deutlich: In der vierten Klasse bekommen in der Bückardtschule noch nicht einmal 20 Prozent der Schüler*innen eine Gymnasialempfehlung. In der Grundschule Hoberge-Uerentrup sind es dagegen rund 80 Prozent. Der große Unterschied liegt darin, dass die Bückardtschule im Gegensatz zur Grundschule in Hoberge-Uerentrup in einer Gegend mit hohen sozialen Belastungen liegt. Hier leben viele kinderreiche Familien und Alleinerziehende. Der Anteil von Haushalten mit Kindern, die mindestens einen nicht-deutschen Elternteil haben, ist hoch – ebenso die Quote von Arbeitslosengeld-II-Bezieher*innen. Außerdem leben hier viele Menschen in Mehrfamilienhäusern. Mit diesen Merkmalen und ihren Abstufungen unterscheidet der Lernreport fünf Kategorien mit hohen, eher hohen, mittleren, eher geringen und niedrigen bildungsrelevanten sozialen Belastungen und ordnet die 47 wohnortnahen Schulleistungsbereiche entsprechend zu: Demnach liegen fünf Grundschulen in einer quasi heilen Welt mit geringen sozialen Belastungen. Rund 30 Prozent der Kinder in Bielefeld leben in Gebieten mit „hohen“ und „eher hohen“ bildungsrelevanten sozialen Belastungen – und daran hat sich seit dem Jahr 2010 nichts geändert. Der Lernreport hält Segregationsentwicklungen im Wohnumfeld für nur sehr schwer beeinflussbar. Gar nichts machen, geht aber gar nicht! Klar ist, dass Intervention früh ansetzen muss in Kita, OGS und Schule.





Soziales

Neuer Lebenslagenbericht

Nach zwei Jahren Pause hat die Sozialverwaltung im Oktober den Bericht „Lebenslagen und soziale Leistungen 2014/2015“ vorgelegt. Und da schneidet Bielefeld nicht nur gut ab.

Wie ist die soziale Lage in Bielefeld derzeit und wie entwickelt sie sich? - Auf diese Fragen enthält der Lebenslagenreport vor allem folgende zentrale Antworten: Bielefeld muss seine Kinder- und Altersarmut bekämpfen, Quartiere stärken und Geflüchtete integrieren.

Fast ein Viertel der Bielefelder Kinder unter sechs Jahren (24,2 Prozent) wächst in einer sogenannten „SGB-II-Bedarfs-gemeinschaft“ auf, also in Haushalten, die auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind. In der Altersgruppe der 0 bis 14-Jährigen ist diese Quote innerhalb von drei Jahren um 2,5 auf mittlerweile 22,7 Prozent angewachsen. Zwar ist dieser Trend auch landes- und bundesweit zu beobachten, Bielefeld liegt jedoch jeweils erheblich über den Vergleichswerten. Es ist in Bielefeld also nicht gelungen, die Kinderarmut erfolgreich zu bekämpfen. Und das, obwohl eine Vielzahl von Maßnahmen und Projekten initiiert und durchgeführt wurden. Die Entstehung von Kinderarmut zu verhindern beziehungsweise ihre Folgen zu bekämpfen, werden mit die wichtigsten Aufgaben sein, mit denen sich Rat und Verwaltung zusammen mit den Partner*innen aus der Wohlfahrtspflege in den nächsten Jahren befassen müssen. Hierbei geht es genauso um bessere Bildung wie um mehr und besser bezahlte Arbeit für die Eltern. Es geht um gut funktionierende Quartiere, um gute Schulen und umfassende Teilhabemöglichkeiten für alle Kinder und Jugendliche.

Auch das Thema „Altersarmut“ wird von verstärkt beschäftigt. Denn die Zahl der Menschen über 65 Jahren, die neben ihrer Rente auf „Grundsicherung im Alter“ angewiesen sind, stieg in den letzten Jahren kontinuierlich. Zwischen 2010 und 2015 erhöhte sich bei Menschen in dieser Altersklasse die Zahl der Leistungsbezieher*innen von 3,2 auf 4,1 Prozent. In absoluten Zahlen entspricht das einer Steigerung von 2.100 Personen (2010) auf 2.750 Personen (2015). Überdurchschnittlich viele Grundsicherungsberechtigte wohnen übrigens in den statistischen Bezirken Baumheide und Sieker, während die wenigsten in Hoberge-Uerentrup zu finden sind.

Segregationsentwicklungen

Der „Lebenslagenbericht“ ermöglicht den Blick in einzelne statistische Bezirke und Quartiere. Dazu werden zehn Kennzahlen definiert, die bis auf die Ebene der statistischen Bezirke dargestellt werden. Ein Blick auf die grafischen Darstellungen lässt erkennen, dass wir es mit einer bedenklichen Segregationsentwicklung zu tun haben. Diese kann sich sowohl innerhalb von Stadtbezirken zeigen, als auch stadtübergreifend im Vergleich von statistischen Bezirken. So ist zum Beispiel die SGB-II-Betroffenheit in Dornberg mit 5,5 Prozent noch nicht einmal halb so hoch wie in Mitte (14,4 Prozent) oder Stieghorst (13,4 Prozent). Auch bei der Kinderarmut und der Arbeitslosenquote existieren ähnlich große Unterschiede. Da der schon etwas länger vorliegende „Lernreport“ der Stadt Bielefeld ähnliche Segregationstendenzen deutlich macht, ist es dringend geboten, die vorliegenden Zahlengrundlagen zu vergleichen, um zielgerichtete und quartierspezifische Maßnahmen ableiten zu können.

Ein weiteres Augenmerk gilt der Integration von Geflüchteten in unserer Stadt. Hier gilt es nun, für die mehr als 4.100 zugewiesenen Menschen möglichst bald Wohnungen, Ausbildung und Beschäftigung zur Verfügung zu stellen. Auch die Teilhabe an Bildung, Kultur und gesellschaftlichem Leben muss im Sinne einer gelingenden Integration gewährleistet sein. Im kommenden Jahr wird von vielen Schüler*innen mit Fluchterfahrung die Zweijahresfrist für Internationale Klassen auslaufen - und unsere Schulen vor große Herausforderungen stellen. Die hervorragend funktionierende Zusammenarbeit zwischen haupt- und ehrenamtlich Tätigen bietet jedoch eine gute Grundlage für diesen wichtigen Prozess.

Viel zu tun, wir wollen es anpacken

Der „Lebenslagenbericht“ zeigt zahlreiche Handlungsbedarfe auf, die wir angehen wollen und müssen. Auf Ratsebene wird der Bericht bei den zuständigen Ausschüssen weiter auf der Tagesordnung stehen, denn die Verwaltung ist gefordert, konkrete Maßnahmen zu beschreiben. Die GRÜNE Ratsfraktion wird sich intensiv mit den Handlungsbedarfen beschäftigen, die Lebenslagenbericht, Lernreport und weitere Berichte zur Gesundheit und zur Wohnraumversorgung aufzeigen. Ein Fachgespräch zum Thema „Mehr Chancengerechtigkeit herstellen“ bildet im Februar 2017 den Einstieg.



Dr. Iris Ober und Joachim Hood sind Mitglieder des Rates - und unter anderem auch des Sozial- und Gesundheitsausschusses.

Soziales

Grabeland für Wohnungsbau?

Im Mai hat die Fraktion der GRÜNEN gemeinsam mit der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Schildesche beantragt, Grabelandflächen für den Wohnungsbau freizugeben.

Für die 5 ha städtischen Flächen des heutigen Grabelandes südlich der Westerfeldstraße und westlich des Siedlungsbereiches Bultkamp/Stapelbreite soll ein Bebauungsplan aufgestellt werden mit dem Ziel, Wohnraum für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen wie Studierende und Senior*innen zu schaffen.

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit bei zwei Gegenstimmen der Linken angenommen. Vorausgegangen war eine Anfrage an die Verwaltung, welche städtischen Flächen sich für eine kurzfristige Bebauung in Schildesche eignen.

Ergebnis war, dass einzig der ehemalige Marktplatz an der Beckhausstraße relativ kurzfristig bebaut werden kann. In einer längerfristigen Perspektive seien auch die Grabelandflächen an der Westerfeldstraße für eine Bebauung geeignet. Diese waren in den 1960-er Jahren als Verkehrsfläche vorgesehen. Sie sind allerdings in dieser Zweckbindung nicht mehr im Flächennutzungsplan.

In der GRÜNEN BZV-Fraktion haben wir im Vorfeld des Antrages das Für und Wider einer Bebauung diskutiert. Dagegen sprach für uns besonders die soziale Funktion der Grabelandparzellen. Hier können gegen eine geringe Pacht (ca. 100 Euro für 200 qm im Jahr) Menschen Gartenbau betreiben oder auch in verschiedener Form ihre Freizeit verbringen. Besonders für den Wohnbereich Stapelbreite, der nebenan liegt, hat das Grabeland wichtige Funktionen. Die Flächen gehören außerdem in Teilen zur Grünverbinding, die sich Richtung Sudbrack erstreckt.

GRÜNE Positionierung

Steht nun dieser Beschluss im Einklang mit GRÜNER Programmatik einer nachhaltigen, flächenschonenden Stadtentwicklung und dem Erhalt von integriertem Sozialraum im Quartier?

Wir Bezirksvertreter*innen meinen: Eindeutig ja. Ein Dach über dem Kopf zu einem erschwinglichen Preis ist ein elementares Recht. Der Wohnungsmarkt ist in Bielefeld sehr angespannt. Das betrifft besonders das untere Preissegment. Studierende, Alleinerziehende, auf Transferleistungen angewiesene Haushalte, Migrant*innen und Geflüchtete haben in Bielefeld wenig Chancen, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Es gibt über 3.000 Personen in Bielefeld mit Wohnberechtigungsschein, die diesen nicht einlösen können. Der Masterplan von Wohnen in der Stadt fordert dringend Strategien zur Förderung bezahlbaren Wohnraumes. Die Bereitschaft privater Investor*innen, in den sozialen Wohnungsbau zu investieren, ist aufgrund der Zinsentwicklung nicht sehr ausgeprägt. Vom Land aufgelegte Förderprogramme zeigen noch keine ausreichende Wirkung. Der private Geschosswohnungsbau findet hauptsächlich im Eigentumswohnungsbereich (mit hohen Renditeerwartungen) statt. Diese Entwicklungen werden sich laut aktuellem Wohnungsmarktbericht in den nächsten Jahren weiter verstärken.

In dieser Situation ist die Stadt gefragt, neue Wohnstandorte auf ihren Flächen zu entwickeln, die den sozialen, ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen entsprechen. Das Grabeland an der Westerfeldstraße ist in Besitz der Stadt. Es ist ein integrierter Standort mit sehr guter ÖPNV-Anbindung und mit Schulen, Kindergärten etc. in unmittelbarer Umgebung. Angrenzende weitere Grabelandflächen sind im Besitz der Evangeli-

schen Kirche. In Gesprächen wurde signalisiert, dass eine gemeinsame Entwicklung von Teilen der Fläche durchaus vorstellbar ist.

In dieser Situation ist die Stadt gefragt, neue Wohnstandorte auf ihren Flächen zu entwickeln, die den sozialen, ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen entsprechen. Das Grabeland an der Westerfeldstraße ist in Besitz der Stadt. Es ist ein integrierter Standort mit sehr guter ÖPNV-Anbindung und mit Schulen, Kindergärten etc. in unmittelbarer Umgebung. Angrenzende weitere Grabelandflächen sind im Besitz der Evangelischen Kirche. In Gesprächen wurde signalisiert, dass eine gemeinsame Entwicklung von Teilen der Fläche durchaus vorstellbar ist.

Eine Planung sollte unter anderem nach folgenden Kriterien erfolgen:

- Erhalt der ökologisch wichtigen Grünachse
- maßvoller, der Umgebung angepasster Geschosswohnungsbau für eingangs erwähnte Nutzergruppen
- frühzeitige Einbindung von zukünftigen Bewohner*innen und weiterer lokaler Akteur*innen in einem partizipativen Prozess
- Vorhaltung einiger Flächen in Anknüpfung an die bisherige Nutzung
- Angebot von kommunikationsfördernden, identitätsstiftenden Zentren
- gemischte Belegung der Bebauung, um einer Ghettoisierung vorzubeugen

Ich bin davon überzeugt, dass in der Abwägung eine Bebauung von Teilen der Fläche angesichts der Wohnungsnot in Bielefeld vertretbar und geboten ist.

Wohnungsbau ist aktive Sozialpolitik!



Stephan Godejohann ist Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN in der BZV Schildesche und Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss

BDK in Münster

Wir stärken den Zusammenhalt!

Mit großen Erwartungen blickten viele auf unsere BDK in Münster.

Wir haben alle lange gewartet, um unsere Vorschläge für einen besseren Zusammenhalt unserer Gesellschaft zusammenzutragen, zu debattieren und zu beschließen.

Wir müssen uns nicht verstecken, denn wir haben viele Ideen und Angebote. Investitionen in Bildung und Infrastruktur, Entlastungen für Frauen, Familien und Kinder, soziale Sicherung und eine gerechtere Verteilung unseres Wohlstands.

Wir haben uns Zeit genommen, um die verschiedenen Argumente abzuwägen. Viele kamen zu Wort: Mehr als 60 Reden in über sechs Stunden und viele interessante und spannende Beiträge von Gastredner*innen haben die Debatte bereichert. Wir wissen, für was wir gemeinsam kämpfen und wie wir vorankommen wollen, um den sozialen Zusammenhalt zu sichern.

Von klein auf, wollen wir allen Chancen bieten, sich zu verwirklichen. Kinder stehen für uns im Mittelpunkt. Wir wollen mit einem Kitaqualitätsgesetz allen Kindern gute Startchancen sichern. Mehr Erzieher*innen sollen genügend Zeit für die Förderung jedes Kindes haben. Die Schulen wollen wir vom Investitionsstau befreien. Mit zehn Milliarden Euro in fünf Jahren greift der Bund den Kommunen unter die Arme. Wir helfen mit unserer Ausbildungsgarantie und einer BAföG-Erhöhung jungen Menschen beim Start in das Berufsleben.

Alle Städte und Gemeinden müssen das Heft des Handelns wieder in den eigenen Händen halten. Finanzschwache Kommunen brauchen Unterstützung von Bund und Land. Nur so können sie wieder autonom handeln und selbst entscheiden. Wir werden sie unterstützen, damit sie ihre bröckelnde Infrastruktur wieder herstellen und Spielplätze, Schwimmbäder, Theater und Sportanlagen erhalten. Denn das öffentliche Angebot ermöglicht gerade Menschen mit geringem Einkommen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die Angebote bestimmen mit, ob Kinder gut aufwachsen, ein gutes Leben im Alter auch mit geringem Einkommen möglich ist oder Pflege vor Ort funktioniert.

Wir streiten für Frauen und für Familien. Wir wollen eine Familienförderung, die Kinderarmut bekämpft und Alleinerziehenden hilft. Unsere neue Familienförderung unterstützt Familien, egal welchen Status die Partnerschaft der Eltern gerade hat. Kinderarmut müssen wir bekämpfen. Eine echte Existenzsicherung für Kinder ist der richtige Weg. So können wir die tatsächlichen Bedarfe decken und Chancengerechtigkeit ermöglichen.



Ein guter Job sorgt für Motivation und Anerkennung. Diese positiven Erfahrungen müssen auch flächendeckend Realität in den Job-Centern werden. Beratung auf Augenhöhe ist angesagt, statt durch Sanktionen zu bestrafen. Deshalb wollen wir die Sanktionen abschaffen, insbesondere die Sonderregeln für Unter-25-Jährige und bei den Kosten für Unterkunft und Heizung.

Männer und Frauen brauchen endlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Wir akzeptieren nicht, dass Frauen im Schnitt 21 Prozent weniger als Männer verdienen. Es ist einfach beschämend, dass Deutschland hier europaweit das Schlusslicht ist. Wir kämpfen für eine eigenständige Existenzsicherung und die berufliche Verwirklichung von Frauen. Ein großes Hindernis auf diesem Weg ist das Ehegattensplitting. Es fördert die Alleinverdiener-Ehe und vor allem Frauen droht die Armutsfalle, wenn diese Lebensplanung schiefliegt. Wir werden deshalb das Ehegattensplitting abschaffen. Für alle neu abgeschlossenen Ehen soll es nicht mehr gelten. Wir ersetzen dies durch die individuelle Besteuerung und durch

eine gezielte Förderung von Familien mit Kindern und Alleinerziehenden. Für „alte“ Ehen gilt ein Vertrauensschutz.

Wir halten nichts von der Zweiklassenmedizin. Alle verdienen eine gute gesundheitliche Versorgung. Wir streiten deshalb für eine Bürgerversicherung. Wir nehmen alle Menschen mit und berücksichtigen alle Einkommensarten. Auch bei der Rente wollen wir Richtung Bürgerversicherung gehen und streben perspektivisch eine Rentenversicherung für alle an. Selbständige nehmen wir mit auf und wir wollen das Rentenniveau stabilisieren.

Leider hat sich die Schere zwischen Arm und Reich bei uns in den letzten Jahrzehnten immer weiter geöffnet. Trotz Wirtschaftswachstum gingen die Einkommen von Geringverdienern zurück, während Topverdiener immer mehr erhalten. Wir wollen eine faire Beteiligung am Wohlstand für alle. Deshalb sollten Wohlhabende einen angemessenen Beitrag zum Gemeinwesen leisten. Wir müssen wieder für mehr Steuergerechtigkeit sorgen und den gemeinsam erwirtschafteten Wohlstand besser verteilen. Wir werden deshalb Steuersümpfe austrocknen und das Steuersystem vereinfachen. Wir wollen eine höhere Reichenbesteuerung einführen und der Vermögensungleichheit mit einer verfassungsfesten, ergebnisorientierten und umsetzbaren Vermögenssteuer für Superreiche entgegenwirken. Selbstverständlich legen wir dabei besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Innovationskraft von Unternehmen.

Wir wollen, dass Menschen selbstbestimmt leben können und Chancen und Perspektiven sowohl für ihre Kinder als auch für ihre eigene Zukunft sehen.



Britta Haßelmann
ist Parlamentarische Geschäftsführerin und kommunalpolitische Sprecherin der GRÜNEN Bundestagsfraktion.

Britta Haßelmann berichtet über drängende Themen aus dem Bundestag. Dieses Mal schreibt sie über Gesetzesinitiativen zu den Themen Integration, Klimakonferenz und innere Sicherheit.

Klimakonferenz: Klimaschutzplan hält nicht, was der Titel verspricht

Zwar hat Bundesministerin Hendricks noch auf die letzte Minute auf der Klimakonferenz in Marrakesch ein Papier vorgelegt, das den Namen „Klimaschutzplan“ trägt, allerdings kam dieses erst nach langem Gezerre und einer Einigung innerhalb der Bundesregierung in allerletzter Minute zustande. Schlimmer noch, es hält nicht, was der Titel verspricht: Es fehlt vor allem der Fahrplan für einen Kohleausstieg und die nötigen Instrumente und Maßnahmen um die Klimaschutzziele zu erreichen.

Was wir von der Bundesregierung erwarten, ist, dass sie jetzt zeigt, dass man aus der Kohle aussteigen und den Ausbau der erneuerbaren Energien forcieren kann, wie nachhaltige Mobilität funktioniert, und wie man die Autoindustrie durch einen klugen Umstieg auf emissionsfreie Motoren vor dem Abstieg bewahren kann. Außerdem wie man die Landwirtschaft so gestaltet, dass sie unsere Lebensgrundlagen nicht untergräbt, das Klima schützt und das Tierwohl ernst nimmt. Wir GRÜNE haben die Konzepte dazu. Jetzt muss die Bundesregierung zeigen, dass sie nicht nur schöne Worte auf internationalen Konferenzen verliert, sondern endlich handelt.

Integration: Jetzt die Weichen stellen

Auch wenn sich die Notunterkünfte leeren, werden Flucht und Integration unsere Gesellschaft noch lange beschäftigen. Deshalb haben wir uns bei den Beratungen des Haushalts 2017 damit intensiv im Bundestag befasst. In der GRÜNEN Bundestagsfraktion sind wir der Ansicht: Damit Flüchtlinge Chancen auf Integration haben, brauchen sie möglichst frühen Zugang zu Integrations- und Sprachkursen. Das Geld dafür ist da, Union und SPD geben es aber nicht an der richtigen Stelle aus. In Gesprächen mit Bielefelder Trägern, Einrichtungen und Engagierten wurde mir

bestätigt, wie nötig höhere Investitionen in Integration, Beratung und psychosoziale Betreuung sind.

Integration wird aber auch durch zerrissene Familien behindert. Union und SPD hatten den Familiennachzug für viele Flüchtlinge für zwei Jahre stark eingeschränkt. Hiervon sind besonders syrische Bürgerkriegsflüchtlinge mit subsidiärem Schutz betroffen. Wer aber in Sorge um seine Kinder und Ehepartner*in kaum schlafen kann, dem fällt es auch schwer, hier Alltag zu leben. Wir setzen uns im Bundestag deshalb für den Familiennachzug ein und haben dessen Wiedereinführung beantragt, damit Kinder mit ihren Eltern wieder vereint werden können und Ehepartner*innen zusammenfinden. Wir brauchen hier dringend eine Verbesserung der Situation.

Inneres: Immer neue Vorschläge in Sachen Sicherheit

Viele Menschen empfinden unser Land als unsicher. Darauf versucht die Koalition aus Union und SPD aktuell mit einer Reihe von „Law and Order“-Maßnahmen zu reagieren. Die Vorratsdatenspeicherung soll – kaum beschlossen – ausgeweitet werden. Währenddessen ist es völlig unklar, ob sie vor dem Bundesverfassungsgericht überhaupt Bestand haben wird. Die doppelte Staatsbürgerschaft will die Union auch am liebsten aus Sicherheitsgründen abschaffen. Mit dem gerade von Union und SPD beschlossenen neuen BND-Gesetz wird Massenüberwachung nicht eingeschränkt, sondern legitimiert.

Alles Maßnahmen, die vor allem eines bewirken: mehr Sicherheit zu simulieren. Die

eigentlichen Probleme liegen woanders und sind vielfältig. Deutschland ist für die große Mehrheit ein sicheres Land, auch wenn dies von manchen subjektiv anders empfunden wird. Die Zahl der Verbrechen mit rassistischem oder homophobem Hintergrund ist erschreckend hoch und steigt. Gleichzeitig besteht auch bei uns die Gefahr terroristischer Anschläge. Deshalb muss es darum

gehen, gut und sachlich zu fragen, was zu tun ist.

Wir setzen uns im Bundestag für mehr Investitionen in Personal und Ausbildung der Bundespolizei ein. Denn die wurde über Jahre kaputtgespart – übrigens von Unions-Innenministern. Der Zugang zu legalen und illegalen Waffen muss erschwert werden. Und mit mehr Bemühungen im Bereich der Prävention beugen wir vor. Das schafft mehr Sicherheit und nicht nur einen Anschein davon.



Lobbyismus beschränken – Vertrauen zurückgewinnen! Macht.Geld.Politik.

Konferenz Macht.Geld.Politik.

Die Konferenz Macht.Geld.Politik. traf am 1. Oktober bei über 140 Teilnehmer*innen aus dem ganzen Bundesgebiet auf großes Interesse. Die Abgeordneten Sven Giegold (MdEP), Britta Haßelmann (MdB) und Matthi Bolte (MdL) hatten dazu in die Neue Schmiede eingeladen.

„Es müssen Regeln und Gesetze im Umgang mit Lobbyisten geschaffen werden, damit offensichtlich wird, wer Einfluss nimmt“ eröffnete Sven Giegold die Veranstaltung. „Es muss klar sein, was Geld in der Politik darf und was nicht. Der elende Seitenwechsel zwischen Politik und Wirtschaft hat zum Vertrauensverlust in Demokratie beigetragen. Deswegen muss jetzt gehandelt werden.“

Sowohl der Landtag NRW, als auch der Bundestag und das Europäische Parlament haben Gesetzesvorschläge auf den Weg gebracht. Ein 124-Seiten umfassender Reader zur Veranstaltung gibt darüber Auskunft. So wird ersichtlich, dass die EU-Institutionen bereits jetzt transparenter sind als die meisten anderen Institutionen auf Ebene der Mitgliedsstaaten. Doch das reicht nicht aus.

Lobbyismus vs. Transparenz

Der Journalist Harald Schumann, der seit Jahrzehnten die dubiosen Verflechtungen zwischen Wirtschaft, Banken und Politik anprangert, verwies darauf, dass schon die Existenz der Steueroasen ein Indiz dafür ist, dass eine Oligarchie im Gange sei. Die Demokratie habe Schlagseite. „Wem nutzt es und von wo fließt das Geld?“ präsentierte er die Leitfrage seines Engagements. Transparenz, Öffentlichkeit und Rechenschaft seien die schärfsten Waffen der Demokratie. Diesen müsse immer wieder neu zum Durchbruch verholfen werden. Zwar wisse man immer mehr über die verborgene Mechanik des Lobbyismus von Interessensgruppen, dennoch würden diese mächtiger.

Beim Kampf um mehr Transparenz und Regeln ist der Verfall der öffentlichen Moral ein Problem. Das war Thema des ersten Panels. Timo Lange von LobbyControl stellte seine Arbeit vor. Interessenvertretung und Lobbyismus seien durch gesellschaftliche Machtungleichgewichte geprägt. Des-



wegen müsse man Schranken setzen. Es gilt, ein verpflichtendes Lobbyregister in Deutschland einzuführen.

Britta Haßelmann, die das zweite Podium Transparenz und Korruptionsbekämpfung moderierte, stellte mit Blick auf Veränderungswünsche im Parteiengesetz fest: „Die Grünen im Bundestag haben zahlreiche Vorschläge für ein neues Transparenzgesetz eingebracht, damit Bürgerinnen und Bürger erkennen können, ob eine Einflussnahme auf politische Entscheidungen erfolgt.“ Damit soll zum Beispiel die politische Willensbildung durch Spenden aus interessierten Kreisen verhindert werden.

Mehr Demokratie wagen

Edda Müller, Transparency International, brachte es auf den Punkt: „Wichtig ist der legislative Fußabdruck. Wir wollen nach weitreichenden Entscheidungen wissen, wer sich für was ausgesprochen hat und wie es zum Ergebnis kam!“ Alexander Trennheuser, Mehr Demokratie e.V., verwies darauf, dass nicht alles, was sich direkte Demokratie nennt, auch eine solche sei. Er forderte den Volksentscheid auch auf Bundesebene. Matthi Bolte reagierte auf die Anforderungen des digitalen Zeitalters: „Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen, um mehr Durchblick für Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Dafür schaffen wir in NRW ein Transparenzgesetz, mit dem die Behörden zur Bereitstellung ihrer Informationen im Internet verpflichtet werden.“

Bundestagsabgeordnete Renate Künast formulierte ihren Anspruch: „Man muss schauen, welche Werkzeuge man besitzt. Mit Demaskieren und Delegitimieren kann man Erfolge erzielen. Dabei muss man sich jedoch auf die wesentliche Sache konzentrieren.“ Und Stefan Diefenbach-Trommer vom Verein „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ kritisierte die wirtschaftliche Macht der Lobbyverbände, der das Ehrenamt nicht auf Augenhöhe begegnen könne. Markus Grill von der Organisation correctiv.org wurde konkret: Aus Spargründen könne Journalismus vielfach nicht mehr funktionieren. Echte Recherche sei nicht mehr möglich, geschweige denn eine wirksame Kontrolle durch die Herstellung von kritischer Öffentlichkeit.

Bundesgeschäftsführer Michael Kellner stellte fest, dass wir in einer Umbruchzeit leben. Alle seien aufgefordert, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass demokratische Strukturen transparent und öffentlich bleiben. Die Macht der Lobbyverbände müsse effektiv eingeschränkt werden. Die vielen Beiträge aus dem Publikum bestätigten, dass ein enormer Bedarf für Veränderungen gesehen wird.



Ute Koczy ist Leiterin des Regionalbüros OWL von Sven Giegold (MdEP).

Wahlkampf

Wir packen's gemeinsam an!

Mit dem Jahr 2017 kommen zwei wichtige Wahlen auf uns zu – am 14. Mai wird der nordrhein-westfälische Landtag neu gewählt, im Herbst der Bundestag. Die Vorbereitungen laufen im Kreisverband bereits jetzt auf Hochtouren und wir setzen auf euch!

Bereits im Mai 2016 liefen die ersten strategischen Überlegungen zum Wahlkampf an – und haben sich mittlerweile in vielen Bereichen konkretisiert. Bei unserer letzten Mitgliederversammlung stellte Marianne Weiß, Geschäftsführerin der GRÜNEN NRW, die Planungen des Landesverbandes für den Landtagswahlkampf vor. Dieser empfiehlt den Kreisverbänden auf Haustürwahlkampf, Social Media und zahlreiche Plakate (auch als Großflächen) zu setzen. Das umfangreiche Programm zur Landtagswahl wurde auf dem Landesparteitag (LDK) (siehe Matthis Artikel auf Seite zwölf) Anfang Dezember in Oberhausen beschlossen und die Kampagne der GRÜNEN NRW wird bei einem nicht-öffentlichen Termin am 19.2. den Hauptamtlichen präsentiert.

Wahlkampf in Bielefeld

Für Bielefeld wird diskutiert, wie und welche Themen wir unserem Wahlkampf prominent behandeln. Klar ist, dass auch hier Themen wie Soziale Gerechtigkeit, Integration und Inklusion/Schulpolitik zentral sein werden. Strategisch hat der Kreisvorstand geplant, sich an den Empfehlungen des Landesverbandes zu orientieren. Um uns fit zu machen für die anstehenden Herausforderungen, haben wir bereits zwei Schulungsangebote für den Kreisverband gebucht. Am 14.1. findet eine Schulung für das Wahlkampfteam rund um unsere Direktmandatskandidat*innen statt. Am 27.1. laden wir herzlich zu einer Schulung zum Haustürwahlkampf ein. Diesen können wir personell nur mit einer aktiven Mitgliedschaft leisten. Bitte meldet euch dafür im KV-Büro an. Wir freuen uns besonders, euch ab dem 11.1. beim wöchentlichen „Wahlkampfgrün“ zu sehen. Mittwochs wird ab 18 Uhr gebrainstormt, geplant, gebastelt ... hoffentlich auch mit vielen kreativen Ideen aus der Mitgliedschaft! Im kommenden Jahr stehen wir mit den Wahlkämpfen vor einer besonderen Herausforderung, da die mittelfristige Finanzplanung des Kreisverbandes einen Etat von 30.000 Euro pro Wahlkampf vorsieht – und damit 10.000 Euro weniger als bei vorherigen Wahlkämpfen. Um weitere Finanzmittel zu generieren, hat unsere Kreiskassiererin Jenny Krüger im August 2016 eine Fundraising-Arbeitsgruppe gegründet. Die Gruppe arbeitet bereits auf Hochtouren, sodass ihr mittlerweile bestimmt schon vom einen oder anderen Mitglied der Gruppe gehört habt.

Direktmandatskandidat*innen stehen fest

In der Wahlversammlung am 16.11. wählte der Kreisverband die Direktmandatskandidat*innen für die Landtagswahl im Mai 2017.

Für den Wahlkreis 92 Bielefeld I stellte die Wahlversammlung erneut unseren langjährigen Landtagsabgeordneten Matthi Bolte auf. Matthi wurde außerdem beim Landesparteitag im September auf den Listenplatz 14 gewählt und wird seine Arbeit im Parlament somit voraussichtlich fortsetzen können.



Das GRÜNE Spitzenduo für die Bundestagswahl wird auch diese Mal wieder durch eine Urwahl bestimmt. Es kandidieren Toni Hofreiter, Cem Özdemir, Katrin Göring-Eckhardt, und Robert Habeck. Allen, die bis zum 1.11.16 Mitglied geworden sind, sind die Urwahlunterlagen zugesandt worden (Einsendeschluss 13.1.).

Für den Wahlkreis 93 Bielefeld II bestimmte die Wahlversammlung Vorstandsmitglied und Bezirksvertreterin Christina Osei als Direktmandatskandidatin. Der Wertheraner Thorsten Schmolke wurde bereits bei einer Wahlversammlung des Kreisverbandes Gütersloh als Direktmandatskandidat für den grenzüberschreitenden Wahlkreis 94 Gütersloh I Bielefeld III gewählt. Der 52-jährige Historiker trat bereits 2010 und 2012 als Direktmandatskandidat für den Wahlkreis 94 an. Die Direktmandatskandidat*in für den Bundestagswahlkreis 132 wird bei unserer Jahreshauptversammlung am 18.2. aufgestellt. Unsere Bundestagsabgeordnete Britta Haßelmann kandidiert erneut für das Direktmandat und wurde im Rah-

men der LDK Anfang Dezember auf den Platz eins der Reserveliste NRW gewählt – somit ist sie die nordrhein-westfälische Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl!

Wichtige Wahlkampftermine 2017

- 6.1. Mittagstark mit Robert Habeck (11:30–13:30 Uhr, Neue Börse)
- 11.1. StartWahlkampfgrün (wöchentlich mittwochs ab 18 Uhr im KV-Büro)
- 13.1. Einsendeschluss der Urwahl-Unterlagen beim Bundesverband
- 14.1. Schulung Wahlkampfteam (10:00–18:00 Uhr im KV-Büro; für aktive Wahlkämpfer*innen, Infos + Anmeldung im KV-Büro)
- 27.1. Schulung Haustürbesuche (ca. 16:00–20:00 Uhr im KV-Büro, Infos + Anmeldung im KV-Büro)
- 4.2. Wahlkampf-Camp der GRÜNEN NRW (ganztägig in Duisburg)
- 18.2. Jahreshauptversammlung mit Wahl der Direktmandatskandidat*in für die Bundestagswahl (ca. 10:00–18:00 Uhr, Neue Schmiede)

Der Konferenzreader kann auf Svens Website heruntergeladen werden. Das Manuskript von Harald Schumann ist im Regionalbüro Sven Giegold MdEP erhältlich: ute.koczy@gruene-europa.de.

Landesparteitag NRW

Mehr Zukunft war nie!

Am ersten Dezemberwochenende hat die GRÜNE Landesdelegiertenkonferenz das Programm zur Landtagswahl 2017 beschlossen. Der einstimmige Beschluss war ein starkes Signal. Und dringend nötig, denn diese Wahl wird eine Richtungsentscheidung – nicht nur für NRW, sondern auch für den Bund. Was ansteht und was wir vorhaben, im Überblick.

Kohleausstieg macht den Unterschied

Das wichtigste Alleinstellungsmerkmal des GRÜNEN Landtagswahlprogramms ist ein klarer Plan für den Ausstieg aus der Kohle. In den nächsten zwei Jahrzehnten wollen wir diesen Schritt gestalten. Diese Übergangszeit ist notwendig, denn heute kommen noch 76 Prozent des in Nordrhein-Westfalen produzierten Stroms aus der Kohleverstromung.

Nachdem wir in dieser Wahlperiode eine neue Leitentscheidung zum Tagebau Garzweiler erreicht und damit die Heimat von 1.500 Menschen gerettet haben, wird es in der kommenden Wahlperiode darum gehen, den Ausstieg aus der Braunkohleförderung ähnlich sozialverträglich zu gestalten wie den im kommenden Jahr abgeschlossenen Ausstieg aus der Braunkohle. 2037 soll nicht nur Schluss mit der Kohleverstromung sein, sondern auch mit der Braunkohleförderung. Eckpunkte unseres Plans sind der Verzicht auf den Bau neuer Kohlekraftwerke, eine finanzielle Absicherung des ausstiegsbedingten Strukturwandels in den betroffenen Braunkohleregionen, sowie die Finanzierung der mit den Ewigkeitslasten der Braunkohle verbundenen Kosten. Die Rahmenbedingungen soll eine nationale Kommission klären.

Notwendige Bedingung für den Kohleausstieg ist eine klare Vorfahrtsregelung für Erneuerbare Energien. Allein die Zahl der Windkraftanlagen haben wir seit 2010 verfünffacht. Dadurch sind seitdem 34.000 Arbeitsplätze entstanden. Wir wollen durch unser Zukunftsprogramm in den kommenden fünf Jahren 100.000 neue Jobs in der Umweltwirtschaft schaffen.

Innovationsmotoren stärken

Wir modernisieren die Wirtschaft, weil die großen Strukturen, die unser Land stark gemacht haben, eben keine Erfolgsgaranten mehr sind – siehe nur die großen Energiekonzerne. Die wichtigste Herausforderung gerade für Handwerk und Mittelstand ist die Digitalisierung. Hierfür bieten wir mit einer Landesinitiative „Smart Home and Living“, Showrooms „Digitales NRW“ und einem Modellprojekt „Smarte Heimat“ Vorschläge für neue Strukturen an, in denen ein Austausch über digitale Geschäftsmodelle und Innovationen stattfinden soll. Zudem wollen wir das Spitzencluster „it's OWL“ über 2018 hinaus fortsetzen.

Wir bauen das schnelle Internet aus: 50 Mbit/s bis 2018, Glasfaser bis 2025 – beides flächendeckend. Das sind unsere ambitionierten Ziele. Aber sie sind auch notwendig, denn der Zugang zum schnellen Netz ist mittlerweile Teil der Daseinsvorsorge. Neben diesem Netzausbau wollen wir Freifunk weiter und im bisherigen Umfang fördern. Aber nicht nur im Netz wird es mit GRÜN schnell vorangehen. Auch die Mobilität wollen wir stärken. Im Mittelpunkt steht für uns der öffentliche Nahverkehr. Wir wollen die Fahrgastzahlen im



Matthi beim Landesparteitag im Dezember.

ÖPNV um 50 Prozent steigern. Dazu sollen mehr Busse und Bahnen eingesetzt und stillgelegte Schienenwege reaktiviert werden. Der ÖPNV soll durch einen landesweit einheitlichen Tarif attraktiver werden.

NRW – Gerecht und schlau

Wir sind die, die den Plan haben. Das gilt nicht nur beim Kohleausstieg, sondern auch bei unserem Bildungsprogramm. Wir haben seit 2010 die Zahl der Kitaplätze verdoppelt, so viele Lehrer*innen eingestellt wie nie zuvor und die sozial ungerechten Studiengebühren abgeschafft.

Wir werden in der nächsten Wahlperiode ein neues Kindergartengesetz an den Start bringen. Dadurch wollen wir kleinere Gruppen in den Kitas erreichen und die Erzieher*innen entlasten. Wir werden die Schulen noch stärker an den Kindern orientieren. Genau dieses Ziel verfolgt das Konzept der individuellen Lernzeit. Außerdem wollen wir die Vermittlung von Alltagswissen fördern und den Ganztags ausbauen.

Ein weiterer Beitrag zu einem gerechteren NRW ist die Fortführung des Sozialtickets und die Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus. Wir wollen außerdem die Gesundheitsberufe stärken und mehr Angebote für ein selbstbestimmtes Leben im Alter schaffen.

Mehr Demokratie, mehr Teilhabe – Jetzt erst recht

So vieles, für das unsere Gesellschaft steht, wurde in den letzten Monaten massiv angegriffen. Die Antwort kann nur lauten: Jetzt erst recht! Wir werden in den nächsten Monaten umso mehr für unsere Vision einer offenen Gesellschaft einstehen. „Die Würde des Menschen ist unantastbar – das müssen wir Grüne Tag für Tag verteidigen!“, brachte es Sylvia Löhrmann beim Parteitag auf den Punkt.

Damit wir dieses Ziel erreichen, wollen wir die offene Gesellschaft verteidigen. Mit Blick auf die Debatte der vergangenen Monate wird dieses Thema insbesondere mit Blick auf Zuwanderung und Integration relevant. Wir wollen ein Landesantidiskriminierungsgesetz und eine Landes-



tidiskriminierungsstelle einrichten. Die Gesundheitskarte für Geflüchtete konnten wir in dieser Legislaturperiode bereits in einigen Kommunen einführen und streben diese jetzt landesweit an.

Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, streiten wir seit je her für mehr Demokratie. Wir wollen einen transparenteren Staat und eine digitale Verwaltung. Dafür haben wir mit einem bundesweit vorbildlichen E-Government-Gesetz in dieser Legislaturperiode einen guten rechtlichen Rahmen geschaffen. Für die nächsten Jahre haben wir uns vorgenommen, diese Themen auf allen politischen Ebenen zu verankern.

Das Wahlalter auf 16 bei Landtagswahlen zu senken bleibt unser Ziel, und dass es in der Verfassungskommission in dieser Legislatur an CDU und FDP gescheitert ist, ist eher ein Ansporn, denn ein Hindernis. Wir wollen neue Formen der politischen Partizipation entwickeln und das Wahlrecht auf kommunaler Ebene demokratischer gestalten. Dem Ziel von mehr Transparenz dient auch das Lobbyregister, das wir für Landtag und Landesregierung planen.

Mehr Verantwortung war nie!

Wir tragen seit sieben Jahren Verantwortung für NRW. Und wir haben nun ein Programm, mit dem wir die nächsten fünf Jahre für unser Land gestalten wollen. Wir streiten für Freiheit für alle und nicht nur für wenige. Wir wollen mehr Gerechtigkeit und beste Bildung für alle Kinder und Jugendlichen. Wir warten nicht, bis es zu spät ist, sondern machen Ernst beim Klimaschutz.

Darum geht es am 14. Mai. Ich freue mich auf den Weg, der bis dahin noch vor uns liegt.

BDK beschließt:**Freifunk soll gemeinnützig werden!**

Der GRÜNE Bundesparteitag im November hat meinen Antrag „Freifunk fördern – Gemeinnützigkeit anerkennen – Rechtssicherheit schaffen“ beschlossen. Damit setzt nun auch die GRÜNE Bundespartei klare Zeichen zur Unterstützung der Freifunk-Philosophie. Von Freifunk profitieren alle Bürger*innen, denn damit schaffen wir den freien und offenen Zugang zum Internet und eine zensurfreie digitale Infrastruktur.

Wir bekennen uns in dem Beschluss dazu, Freifunk weiter aktiv zu fördern. Hier bei uns in Nordrhein-Westfalen machen wir das seit einigen Jahren bereits mit großem Erfolg. Die Landesregierung fördert Freifunk in NRW jährlich mit 250.000 Euro im Rahmen der Medienkompetenzförderung und bis 2018 mit insgesamt 1 Million Euro für den Aufbau digitaler Infrastruktur.

Neben der Förderung brauchen wir endlich Rechtssicherheit für freie WLANs. Seit 2010 gibt es in Deutschland das Problem der Störerhaftung. In einer seltsamen Mischung aus Unfähigkeit und Unwillen sind jedoch schon zwei Bundesregierungen daran gescheitert, dieses Problem rechtssicher zu lösen. Auch über diese netzpolitische Schlafwagenfahrt der Bundesregierung werden wir im nächsten Jahr die Wahlauseinandersetzung führen. Denn mit dem Aufbau freier WLANs kommen wir in Deutschland nicht vom Fleck, wenn ständig von Zugangsbeschränkungen und Registrierungspflichten schwadroniert wird. Deshalb sagt unser Antrag deutlich: Ja zum freien Zugang zum Netz – nein zum WLAN-Perso.

Die aktuelle Diskussion aufgreifend, haben wir GRÜNE uns zur Anerkennung von Freifunk als gemeinnützig bekannt. Wir wollen diese Anerkennung. Denn Freifunk sorgt für digitale Bildung. Freifunk sorgt für digitale Teilhabe. Und wenn wir an den letzten Herbst denken: Es waren zuerst die Freifunker*innen, die für die digitale Grundversorgung der Geflüchteten gesorgt haben. Wenn also etwas gemeinnützig sein soll – was, wenn nicht Freifunk?



Matthi Bolte ist Sprecher für Netzpolitik und Datenschutz der GRÜNEN Landtagsfraktion.



Interview

„Wir bleiben eine Partei der linken Mitte“

Der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN Bundestagsfraktion, Toni Hofreiter, war in Bielefeld und hat mit der big über Auswüchse der industriellen Landwirtschaft, die AfD und Burka-Verbot gesprochen.

big: In Deinem Buch „Fleischfabrik Deutschland“ stellst Du fest, dass der Anteil industrieller Massentierhaltung steigt. Warum ist für uns GRÜNE die Kritik an diesem Umstand ein Gewinnerthema?

Toni: Immer mehr Leute haben es satt, was in den letzten 30 Jahren in der Landwirtschaft passiert ist. Denn es gibt fast nur Verlierer in diesem System. Zu viel Gülle auf den Feldern belastet am Ende das Grundwasser. Tiere werden unanständig gehalten. In vielen Feldfluren gibt es eine starke Abnahme der Artenvielfalt. Gleichzeitig verfallen die Erzeugerpreise, das heißt: Den Bäuerinnen und Bauern geht es am Ende schlecht. Im Bereich der Milchwirtschaft, wo die Preise nicht mal mehr kostendeckend sind, ist es am schlimmsten. In Ländern wie Brasilien oder Argentinien werden Kleinbäuerinnen und -bauern von ihrem Land vertrieben, um dann da das Soja für unsere Tierfabriken anzubauen.

In Westafrika müssen Kleinbäuerinnen und -bauern aufgeben, weil sie mit den billigen Produkten aus Europa nicht mithalten können. Die Ernährungssouveränität wird untergraben. Das funktioniert dauerhaft einfach nicht.

big: Und wie lässt sich das verbessern?

Toni: Wir brauchen dringend eine grüne Agrarwende. Hin zu einer Landwirtschaft, die wieder ethischen Maßstäben folgt und mit der Natur arbeitet und nicht gegen sie. Die Trends zeigen den Weg: Viele Menschen essen schon heute weniger und bewusster Fleisch. Allein letztes Jahr sind 1.000 neue Öko-Bäuerinnen und Öko-Bauern dazu gekommen. Und alle Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Menschen will, dass die Tiere anständig gehalten wurden und die Umwelt geschützt wird. Die Umfragen zeigen auch, dass sie bereit wären, dafür mehr zu zahlen. Deshalb will ich eine klare und einfache Haltungskennzeichnung für Fleisch einführen,

analog zu den Eiern, damit für jede und jeden klar ist, wie das einzelne Tier gehalten wurde. So kann jeder Mensch im Laden die Agrarwende mitbestimmen.

big: Wie können wir GRÜNE uns zwischen Veganern, Vegetariern und Fleischessern positionieren, ohne gleich in eine Verzichtsdiskussion abzurufen?

Toni: Ich will Gesetze für den Stall und nicht für den Küchentisch. Wir GRÜNE regulieren, wie die Dinge produziert werden. Das heißt, wir sorgen dafür, dass kein millionenfaches Tierleid entsteht, dass unser Grundwasser nicht verschmutzt wird, dass zum Beispiel im Fall von Soja keine Kleinbauern mehr vertrieben werden, weil wir diese Art von Soja nicht mehr importieren.

Wir GRÜNE sorgen dafür, dass transparent gekennzeichnet wird, sodass Verbraucherinnen und Verbraucher am Ende mitentscheiden können, statt durch täuschende Werbung in die Irre geführt zu werden. Wir schaffen Transparenz, sodass jede und jeder weiß, was sie beziehungsweise er kauft. Und an dem Beispiel der Eier haben wir gesehen, dass die Menschen keine Käfig-Eier mehr gekauft haben, als sie gekennzeichnet wurden. Aber was der oder die Einzelne isst, das ist seine beziehungsweise ihre Entscheidung.

big: 2016 kann man in Deutschland offenbar über ein Burkaverbot diskutieren. Wie gehst du mit diesem Thema um?

Toni: Wir müssen durch Aufklärung und gute Präventions- und Integrationsarbeit dafür sorgen, dass die Zahl der Frauen, die eine Vollverschleierung tragen, immer weiter sinkt. Ein Verbot ist hierfür sicher nicht die geeignete Maßnahme, noch dazu in einem demokratischen Rechtsstaat, der Religionsfreiheit und das Persönlichkeitsrecht des Einzelnen hoch achtet.

Eine andere Frage ist, wie es vor Gericht aussieht. Man muss sich klar identifizieren können und man muss das Gesicht sehen. Aber die populistische Art und Weise, wie zurzeit von einigen konservativen Politikern und Politikerinnen über ein Vollverschleierungsverbot diskutiert wird, hat im Kern etwas Antiaufklärerisches. Denn da wird gefordert, dass der Staat Frauen im Alltag ihre Bekleidung vorschreiben soll.

big: Hast du das Gefühl, dass die Betroffenen ausreichend befragt wurden?

Es ist schwer vorstellbar, dass wirklich mit Betroffenen gesprochen worden ist. Der Union geht es schlichtweg um eine populistische Luftnummer, in der sie sich scheinbar zur Vorkämpferin der Frauenrechte macht.

big: Ich würde gern einen Sprung zur Flüchtlingsdebatte machen. Wir hatten in Bielefeld Turnhallen belegt, Containerwohnungen gebaut und die Verwaltung war durchgängig auf Wohnungssuche. Das lässt in letzter Zeit nach. Nach dem Türkeiideal haben wir Luft holen können, der Krisenstab ist aufgelöst worden, die Turnhallen sind frei. Provokant gefragt: An sich ist es ein guter Deal, oder?

Toni: Mit dem Deal wurde dafür gesorgt, dass die Türkei die Geflüchteten zurückhält. Aber die Menschen haben dort keinerlei Chance auf ein faires, rechtsstaatliches Asylverfahren, sondern sind der Willkür des Staates ausgeliefert. Damit wird der internationale Flüchtlingsschutz ausgehebelt. Den Preis, den die Europäische Union für diesen Deal gezahlt hat, ist damit viel zu hoch. Erdogan tritt die Pressefreiheit mit Füßen, unterdrückt die Opposition und geht brutal gegen die Kurden im eigenen Land vor.

big: Man hat in der Flüchtlingsdebatte stark das Gefühl, dass Fakten weniger zählen als die Lügen, die von der AfD verbreitet werden. Auch ein Thomas de Maizière verbreitet Unwahrheiten und



Ein Landwirt nach Tonis Geschmack: Uli Schumacher, Geschäftsführer von Gut Wilhelmsdorf



Auf Gut Wilhelmsdorf setzt man auf „Kuhkomfort“, denn man weiß, dass Kühe mehr Milch geben, wenn sie sich wohlfühlen. Das gilt sowohl für die Bio- als auch für die „konventionelle“ Kuh.

bleibt trotzdem unser Innenminister. Wie können wir GRÜNE als eine Partei, die sich selbst als faktenorientiert und rational versteht, vermitteln, dass unsere Antworten doch eben die besseren sind?

Toni: Wir müssen den Menschen wieder klar machen, was die Errungenschaften einer offenen Gesellschaft sind. Es ist ein großer Wert an sich, dass wir in einem Land wohnen dürfen, in dem Menschen so leben können, wie sie es sich vorstellen. Wir haben bei der Gleichstellung von Homosexuellen und der Gleichberechtigung von Frauen viel erreicht.

Jedoch gibt es auch noch viel zu tun, wie zum Beispiel die Öffnung der Ehe und die Lohnungleichheit von Frauen und Männern. Wir müssen den Menschen klar machen, was es bedeutet, die AfD zu wählen. Dass diese Partei zum Beispiel ein längst überholtes und muffiges Familienbild vertritt, nach dem Frauen wieder zurück an den Herd sollen.

big: Wo siehst Du die Ursachen für den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien?

Toni: Die sind ganz vielschichtig. Die Wählerschaft setzt sich aus unterschiedlichen Gruppen zusammen. In Österreich haben aus der Arbeiterschicht 86 Prozent Hofer gewählt. Ich glaube nicht, dass 86 Prozent der österreichischen Arbeiterschicht rechtsradikal sind. Daher muss man sich

genau überlegen, wie man den gesellschaftlichen Zusammenhalt wieder stärkt. Menschen dürfen nicht abgehängt werden.

big: Zum Schluss noch der Klassiker: Mit wem willst du lieber in die Regierung? Horst Seehofer oder Sarah Wagenknecht?

Am liebsten würde ich mit der SPD regieren, aber da das leider unwahrscheinlich ist, bereiten wir uns auf beides vor. Beides ist nicht einfach, aber in dieser instabilen Lage halte ich es für richtig zu sagen: Wir reden mit allen Demokratinnen und Demokraten, entscheidend sind die Inhalte. Was wir deutlich machen müssen, wenn wir so eigenständig in den Wahlkampf ziehen: Wir wissen klar, wo und wofür wir stehen, und die Menschen können sich darauf verlassen. Wir sind und bleiben eine Partei der linken Mitte. GRÜN macht auch in der Regierung den Unterschied.



Toni im Gespräch mit Heinrich Quakernack vom Landwirtschaftlichen Kreisverband Herford-Bielefeld



Bielefeld statt Bundestag: Toni und Britta Haßelmann zu Besuch auf Gut Wilhelmsdorf



Das Gespräch führten der Sprecher des Bielefelder Kreisverbandes Dominic Hallau und Alexander Ringler, Praktikant in der GRÜNEN Kreisgeschäftsstelle.

Sekundarschule Bethel

Ringgen um Vorzeigeschule

Die Sekundarschule Bethel soll schließen, obwohl sie sehr erfolgreich ist. Für die GRÜNE Ratsfraktion ist das nicht nachvollziehbar – und für viele andere auch nicht.

Auf die Hiobsbotschaft war niemand vorbereitet. Mitte September wurde öffentlich, dass der Vorstand der von Bodenschwingschen Stiftungen Bethel (vBS) am 9. September entschieden hatte, die Sekundarschule in Trägerschaft der vBS im kommenden Jahr auslaufend zu schließen. Zuallererst einmal waren wir geschockt. Die rechtlichen Fragen waren schnell geklärt. Auch wenn einige das anfangs für unmöglich hielten: Ja, Bethel darf das. Also sind Lösungen gefragt. Schließlich sind da die Schüler*innen der Sekundarschule und natürlich ihre Eltern, die sich nun darum sorgen, wie Lernen an einer sterbenden Schule möglich sein soll. Und dann sind da noch all die Mütter und Väter, die darauf gesetzt hatten, dass ihre Kinder bald von der Grundschule auf die für ihren gemeinsamen Unterricht, ihre Durchlässigkeit und individuelle Förderung bekannte Vorzeigeschule gehen sollten – und die sich jetzt durch den Beschluss des Vorstands der diakonischen Stiftungen tief enttäuscht fühlen. Ähnlich geht es auch den Lehrer*innen, die natürlich darauf vertraut haben, dass Schulen in der Trägerschaft Bethel Bestand haben.

Wir waren uns mit den Koalitionär*innen der SPD und der Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN und auch mit allen Fraktionen sofort einig und beschlossen einstimmig: Der Schul- und Sportausschuss bittet den Vorstand der vBS, die geplante Schließung um ein Schuljahr zu verschieben. So gewinnt die Stadt Bielefeld als Schulträger Zeit, den Schüler*innen und ihren Eltern mit geeigneten Maßnahmen eine Perspektive zu bieten. Hierbei sind alle Optionen von der Verwaltung zu prüfen. Dazu gehört der Erhalt der Sekundarschule in der bewährten Form oder auch in anderen Trägerschaften und die Schaffung von weiteren Schulplätzen in anderen integrierten Schulsystemen. Wenn diese Prüfergebnisse vorliegen, werden wir sie diskutieren, bewerten und uns positionieren.

Angekratztes Image

Nicht nur die Schüler*innen, ihre Eltern und wir GRÜNE Schulpolitiker*innen verstehen den Vorstandsbeschluss der vBS nicht. Daran ändern auch die Erklärungen der Vorstandsmitglieder nichts, dass Prü-

fer ermittelt haben, dass Schulen im Stiftungsbereich Schulen einen Sanierungsbedarf von 20 Millionen Euro für die nächsten Jahre haben, Bethel aber nur 10 Millionen Euro aufbringen kann oder will. Schließlich haben die vBS als größte diakonische Stiftung Europas mit rund 18.000 Mitarbeiter*innen einen Umsatz von 1,1 Milliarden Euro (2015).

Unverständlich ist aus unserer Sicht auch, dass gerade die Schule schließen soll, die das programmatische Bethel-Motto „Gemeinschaft verwirklichen!“ so vorbildlich lebt. Nicht umsonst kam die ehemalige, langjährige Leiterin der Laborschule, Susanne Thurn, zu folgendem Urteil: „Hätte es bei unvorhersehbaren finanziellen Einbrüchen im Sinne christlicher Tugenden, für ALLE Menschenkinder gleichermaßen eintreten zu wollen, nicht konsequenterweise Überlegungen geben müssen, das bestehende Gymnasium einzubeziehen, um dann wirklich ‚Eine Schule für ALLE‘ zu gründen?“ Ebenfalls mit Blick auf das christliche Leitbild des Schulträgers appellierte der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse: „Inklusion ist doch eine der großen bildungspolitischen Herausforderungen heute. Und wo sonst als in Bethel sollte ein richtiger Ort dafür sein!“ Die Beispiele zeigen, dass die Glaubwürdigkeit der vBS in Bielefeld und über die Stadt hinaus unter dem Beschluss leidet.

Wie geht's weiter?

In einem breit getragenen Beschluss hat der Schulausschuss in seiner Dezembersitzung zwar noch einmal deutlich gemacht, dass die Weiterführung der Sekundarschule Bethel in der Trägerschaft der vBS „oberste Priorität hat“. Für den Fall, dass der Bethel-Vorstand jedoch nicht mehr zustimmen sollte, wurde bereits die Entwicklung anderer Szenarien in Auftrag gegeben: von der Weiterführung der Sekundarschule in Gadderbaum in städtischer Trägerschaft bis zu diversen „Auffanglösungen“. Nun wird abzuwarten sein, ob die Proteste und vielfältigen weiteren Interventionen ausreichen, den Schließungsbeschluss zu kippen. Falls das nicht gelingt, steht eine schwierige Diskussion bevor, die sowohl über schulfachliche, schulorganisatorische als auch über die finanziellen Auswirkungen zu führen sein wird.



Jens Julkowski-Keppler ist Fraktionsvorsitzender und Gerd-Peter Grün ist schulpolitischer Sprecher der GRÜNEN Ratsfraktion.

Sekundarschule Bethel

GRÜNE Bielefeld verabschieden Resolution

Die geplante Schließung der Sekundarschule Bethel wäre durch ihr besonderes Schulprofil für das Bielefelder Schulangebot ein großer Verlust.

Wir GRÜNE sind der Überzeugung, dass in einer freien und pluralistischen Gesellschaft Schulen Orte der Integration und Inklusion sind. Daher setzen wir uns schon lange für offene Schulen ein, in denen der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft Rechnung getragen wird und in denen Kinder schon früh lernen, dass es normal ist, verschieden zu sein. Schüler*innen mit unterschiedlichem sozialen und kulturellem Hintergrund und unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen sollen hier miteinander und voneinander lernen und auch die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft beginnt für uns schon in Kindergärten und Schulen. Den Schüler*innen soll wohnortnah nicht nur die Möglichkeit gegeben werden, sich Schlüsselqualifikationen wie Selbstverantwortung, Eigeninitiative, soziale



Kompetenz und Teamfähigkeit anzueignen, sondern sie sollen diese Kompetenzen auch in ihrem täglichen Schulleben erfahren.

Bildungsprofil der Schule ist erhaltenswert

Die Sekundarschule Bethel in Gadderbaum entspricht diesen Anforderungen der GRÜNEN Bildungspolitik in besonderem Maße, da sie Eltern und Schüler*innen ein besonderes Profil bietet. Neben dem längeren gemeinsamen Lernen wird den Schüler*innen bei Bedarf auch eine individuelle Förderung durch Sonderpädagog*innen in der Ganztagschule angeboten. Wir GRÜNE halten dieses Schulkonzept für wichtig und wollen es erhalten, da die Schüler*innen so lernen, wie faires Zusammenleben in einer zusammenhaltenden Gesellschaft funktioniert. Aus diesem Grund haben die

Bild: Fraktionsvorsitzender Jens Julkowski-Keppler erläuterte der GRÜNEN Mitgliederversammlung die aktuellen Entwicklungen zur Sekundarschule Bethel.

GRÜNEN Bielefeld auf ihrer Mitgliederversammlung die folgende Resolution für den Erhalt der Schule verabschiedet.

Resolution der GRÜNEN Bielefeld: Sekundarschule für Bielefeld erhalten!

„Die von Bodenschwingschen Stiftungen Bethel haben angekündigt, ihre Sekundarschule zu schließen. Damit droht Bielefeld, seine derzeit einzige Sekundarschule zu verlieren, und damit steht auch die geplante Neugründung einer städtischen Sekundarschule, wie sie der Schulausschuss Ende Mai beschlossen hat, auf dem Spiel. Vor diesem Hintergrund fordert der Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Stadtverwaltung, die von Bodenschwingschen Stiftungen Bethel und die Politik auf sicherzustellen, dass Schüler*innen in Bielefeld weiterhin eine Sekundarschule am bewährten Standort besuchen können.“

Der Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt die Eltern-Initiative, die sich nach Kräften darum bemüht, die Sekundarschule in Gadderbaum zu erhalten. Denn Bielefeld braucht die integrierte und inklusive Sekundarschule, die Vielfalt als Bereicherung versteht und diese zum Wohle aller Schüler*innen nutzt. Heterogene Schülerschaften mit ihren Herausforderungen sind längst Realität. Mit der Sekundarschule haben wir das richtige Instrument, um uns dieser Realität zu stellen.

Hier werden nicht nur Kinder mit und ohne Handicap gemeinsam unterrichtet. Sondern hier lernen auch Kinder mit unterschiedlichen Schulleistungen länger gemeinsam. Individuelle Förderung wird auf der Sekundarschule ganz groß geschrieben. Auch deshalb ist diese Ganztagschule ein wichtiger Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit, der in Bielefeld erhalten bleiben muss. Erstes Ziel von Stadt, „Bethel“ und Politik muss es deshalb sein, die Sekundarschule in Gadderbaum zu erhalten. Denn in diesem Stadtteil mit der Nähe zu den Schulen und Einrichtungen der von Bodenschwingschen Stiftungen Bethel ist die Sekundarschule so erfolgreich, dass zuletzt den 75 Schulplätzen pro Jahrgang 150 Anmeldungen gegenüberstanden. An diesen Erfolg gilt es anzuknüpfen.

Die Stadtverwaltung ist aufgefordert, schnell zu klären, unter welchen Bedingungen eine Sekundarschule in Gadderbaum dauerhaft vorgehalten werden kann (Trägerschaft, Übernahme des Lehrpersonals, Kosten). Hier ist nicht nur die Stadtverwaltung gefragt, sondern in erster Linie die von Bodenschwingschen Stiftungen Bethel, die Gebäude, Grundstücke oder Know-how beisteuern können. Nur wenn alle sich einsetzen, kann den Eltern und ihren Kindern, die auf der Sekundarschule lernen sollen, eine Perspektive geboten werden. Und hier ist schnelles Handeln notwendig!“



Wiebke Vetter ist Geschäftsführerin des GRÜNEN Kreisverbandes.

Naturschutz für die Aue

Schmetterling statt Untersee

Viele Jahrzehnte herrschte Uneinigkeit über die Zukunft von Johannisbachtal und Obersee. Die einen wollten die einmalige Natur dort erhalten, die anderen einen Wassersporttrummelplatz mit Häuschen am See. Nun wurde endlich ein Beschluss zu Gunsten der Natur (und der Bielefelder*innen) gefasst.



„Ich sehe schon Herrn Julkowski-Keppler durch die Aue schweben, umflogen von hunderten von Schmetterlingen“ so Ralf Nettelstroth (CDU-Fraktionsvorsitzender) in der letzten Ratssitzung Anfang Dezember, als es um die Ausweisung eines Naturschutzgebietes für die Johannisbachaue ging. Aber es half alles nichts, auch dieses „Horrorbild“ hat letztendlich doch nicht dazu geführt, dass sich die Ratsmehrheit (SPD, GRÜNE, Bürgernähe/Piraten und Linke) gegen die Ausweisung eines Naturschutzgebietes in der Aue aussprach. Aber in dieser Aussage zeigt sich noch viel mehr. Für uns GRÜNE ist die Vorstellung von mehr Schmetterlingen in der Johannisbachaue ja positiv besetzt, für die CDU ist dies unnützlich, weil sie keinen monetären Mehrwert besitzt. Ich glaube, genau daran sieht man den Unterschied zwischen einer Partei, die den Naturschutz wirklich ernst nimmt, und einer Partei, die Natur nur schützt, wenn sie dem monetären Mehrwert nicht entgegensteht.

Der Wert der Natur

Oder anders gesagt: Wie wichtig, wie bedeutend ist eine große halboffene Kulturlandschaft in der Stadt Bielefeld? Ist dies ein Raum, der bespielt werden soll für die Bevölkerung in Bielefeld und darüber hinaus - mit Marina, Veranstaltungsorten,

Events, damit verbunden Parkplätze, Verkehr und Kommerz? Oder kann man diesen Raum als Chance begreifen, stadtnah eine ökologisch hochwertige Fläche zu erhalten und zu schützen und die typische Bielefelder beziehungsweise Ravensberger Hügellandschaft erlebbar und sichtbar zu machen mit ihrer so kaum noch vorhandenen Flora und Fauna? Diese Chance gab es jetzt. Und wir haben sie ergriffen, unserer Meinung nach ein Grund, sich zu freuen.

Farewell Untersee

Bereits seit 1953 gibt es die Idee eines Untersees in der Johannisbachaue, der bis heute nicht gebaut und letztendlich nur über eine kommerzielle Verwertung der Fläche realisierbar ist. Diese Idee hat aber leider immerhin so weit getragen, dass der Untersee in den Landschafts- und Regionalplänen Einzug hielt und dort festgeschrieben wurde. Wir haben nun durch unseren Beschluss die Verwaltung aufgefordert, diese Landschafts- und Regionalpläne umzuarbeiten, damit ein Naturschutzgebiet in der Johannisbachaue realisiert werden kann. Dazu müssen die Seeflächen zwischen der Eisenbahntrasse, der L 779 und der B 61, der allgemeine Siedlungsbereich südlich der Grafenheider Straße sowie die sonstigen Freizeiteinrichtungen und Freizeitanlagen an der B 61

entfallen. Stattdessen soll künftig ein allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich zum Schutz der Landschaft geschaffen werden, in dessen Kernbereich ein Naturschutzgebiet liegt. Aufgrund dieser Planungsschritte kann man schon erahnen, dass dieser Weg wohl doch etwas länger dauert.

Zeitintensive Planungen

Eine Öffentlichkeitsbeteiligung ist vorgesehen, bei der sicherlich noch mal die kontroversen Positionen deutlich hervortreten werden. Am Ende steht dann hoffentlich ein Antrag auf entsprechende Regionalplanänderung bei der Bezirksregierung Detmold. Auch der Regionalrat muss dem ebenfalls noch zustimmen. Ich glaube, es wird deutlich: Dies alles ist kein Selbstläufer. Wir sind weiterhin gefordert, unsere Vorstellungen in den Prozess einzubringen. Ganz besonders setzen wir hier auf die Umweltverbände, die sich bereits seit vielen Jahren engagiert für ein Naturschutzgebiet in der Johannisbachaue einsetzen. Nicht nur die Ansiedlung eines Storchenspaars im letzten Sommer zeigt die ökologische Wertigkeit des Gebietes, auch das zweite Monitoring 2015 zum Beweidungsprojekt in der Aue bestätigt dies. Daraus zwei entscheidende Zitate:

„Innerhalb weniger Jahre hat sich ein hoher Reichtum an Pflanzen- und Tierarten eingestellt, von denen etliche nicht nur im Raum Bielefeld, sondern darüber hinaus in ganz NRW selten geworden sind.“

„Die Arten der halboffenen Kulturlandschaft haben sowohl im Projektgebiet als auch im Umfeld deutlich zugenommen.“

Liest man dies, ist das Bild von Menschen, die durch die Johannisbachaue gehen und von Schmetterlingen umschwirrt werden doch gar nicht mehr so weit entfernt. Über dieses Bild kann ich mich freuen. Wir freuen uns schon jetzt darauf, im Frühjahr eine weitere geführte vogelkundliche Wanderung durch die Aue anzubieten.



Jens Julkowski-Keppler ist Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN Ratsfraktion und Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz.



Kurz berichtet

Draußen vor der Tür

Werfen wir einen Blick auf die Arbeit der GRÜNEN Ratsfraktion: Hier dreht sich's ums Rad. Unser Fahrradbeauftragter Klaus-Peter Johner berichtet, welche Früchte die Arbeit der Bypad-Gruppe trägt, während Silvia Bose uns darstellt, warum ein Radsportzentrum Bielefeld teuer zu stehen käme.

Bielefeld soll fahrradfreundlicher werden

Klaus-Peter Johner: Für immer mehr Menschen bekommt das Radfahren (zunehmend mit Pedelecs) einen größeren Stellenwert. Eine effektive Radverkehrsförderung ist deshalb unverzichtbar. Auch auf Bundes-, Landes- und EU-Ebene werden verstärkt Fördermöglichkeiten geschaffen, die allerdings voraussetzen, dass die Kommunen entsprechende Planungen vorlegen können.

Bielefeld ist eine „alte“ Fahrradstadt. In den 1930er-Jahren wurde jedes fünfte Fahrrad in Deutschland hier produziert. Seit 1998 ist Bielefeld Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte in NRW und darf sich „fahrradfreundlich“ nennen. Wir haben einen engagierten Nahmobilitätsbeauftragten und beim jährlichen Stadtradeln kommen immer viele geradete Kilometer zusammen. Aber vermutlich wird der aktuelle ADFC-Fahrradklima-Test bestätigen, dass noch einiges getan werden muss, um ein wirklich fahrradfreundliches Klima zu schaffen und das Radfahren attraktiver und sicherer zu machen.

Deshalb hat der Stadtentwicklungsausschuss im März 2014 die Durchführung eines Bicycle-Policy-Audits (BYPAD), also eine Wirkungsprüfung der Radverkehrsförderung, beschlossen. In drei Workshops mit Vertreter*innen aller Ratsfraktionen sowie der mit Belangen des Radverkehrs befassten Institutionen, wie Polizei, ADFC, VCD, moBiel, Amt für Verkehr und andere, wurden jeweils einvernehmlich die Stärken und Schwächen der derzeitigen Radverkehrsförderung analysiert, wichtige Handlungsfelder identifiziert, fünf Leitsätze zur zukünftigen Radverkehrsförderung formuliert und den politischen Gremien zur Beratung und Entscheidung vorgelegt. In den Leitlinien werden als zentrale Ziele ein sicheres und gleichberechtigtes Nebeneinander aller Verkehrsarten und eine Erhöhung des Radverkehrsanteils bis 2025 von derzeit 15 auf 25 Prozent genannt. Bis 2018 soll ein Radverkehrskonzept erstellt



werden. Das bestehende Radverkehrsnetz soll ausgebaut und ertüchtigt werden. Dazu soll auch eine intensivere Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit dienen. Die zur Umsetzung der Leitsätze erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen sollen bereitgestellt und die organisatorischen Voraussetzungen innerhalb der Verwaltung dafür geschaffen werden. Es soll ein handlungsfähiges Gremium für den Radverkehr (Radverkehrsforum) eingerichtet werden. Im Rat der Stadt wurde am 29.9. beschlossen, die im BYPAD-Verfahren entwickelten fünf Leitsätze verbindlich zu machen, im Stellenplan 2017 beim Amt für Verkehr zwei zusätzliche Stellen einzurichten und die Finanzmittel für Radverkehrsförderung in den nächsten Jahren kontinuierlich, orientiert an den Vorgaben des Nationalen Radverkehrsplans 2020, aufzustocken. Diese zusätzlichen personellen und finanziellen Ressourcen zur Förderung des Radverkehrs bedeuten eine effiziente Investition für eine nachhaltige Zukunft, weil damit eben auch Ziele des Klima-, Umwelt und Gesundheitsschutzes realisiert werden.

Jetzt müssen die Vorgaben aus den Leitsätzen konsequent umgesetzt werden. Dazu gibt es positive Ansätze, beispielsweise das Projekt zur Verbesserung der Radverkehrssituation zwischen Bielefelds Süden und Innenstadt, die sukzessive Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht, Fahrradstraßen und Einrichtung von Tempo-30-Zonen. Jedoch führen Interessens- und Zielkonflikte vor allem in Bezug auf den Kfz-Verkehr nach wie vor zu kontroversen Diskussionen in Bezirksvertretungen und Stadtentwicklungsausschuss. Deswegen sollte das vorgesehene Radverkehrsforum zeitnah eingerichtet werden und seine Arbeit aufnehmen. Das bis 2018 zu erstellende Radverkehrskonzept soll Handlungsbedarfe sowie konkrete Maßnahmen dazu aufzeigen und ist dann für Politik und Verwaltung Entscheidungsgrundlage für Investitionsprogramme, die Bereitstellung von Haushaltsmitteln sowie die Beantragung von Fördermitteln.

Ich würde mich freuen, wenn auf diese Weise in absehbarer Zeit auch Bielefeld bei Wikipedia als echte „Fahrradstadt“ genannt wird.

Unrealisierbares Luftradschloss

Silvia Bose: Die Stadt Bielefeld hat sich für ein Radsportzentrum beworben – nachdem der Ältestenrat grünes Licht dafür gegeben hatte. Nach den Vorstellungen der Verwaltung soll die Halle an den Heeper Fichten entstehen und als Radsport-Leistungszentrum und gleichzeitig auch als Sporthalle für Schulen genutzt werden. Die Investitionskosten würden sich auf 12 bis 15 Millionen Euro belaufen. Kein Pappenstiel – auch wenn das Land 80 Prozent davon übernehmen würde. Ganz zu schweigen von den geschätzten Betriebskosten von jährlich 600.000 Euro. In dem Konzept aus dem zuständigen Dezernat 2 ist die Rede davon, dass dieser kommunale Anteil vollständig über Kooperationspartner und Sponsoren finanziert werden soll. Mit konkreten Zusagen und Summen ist das allerdings nicht hinterlegt. Angesichts des Haushaltssicherungskonzepts und einer bis zum Jahr 2020 verplanten und noch nicht einmal für alle notwendigen Investitionen in Schulgebäude ausreichende Schulpauschale sind die Pläne für dieses Luftradschloss doch allzu sportlich und kaum realisierbar.



„Schlür-Schluck“ für Bielefeld

Claudia Heidsiek: Was haben Freiburg und Hamburg, was Bielefeld auch gerne hätte? Ein Mehrwegsystem für Kaffeebecher! ... Mittlerweile sind sie aus dem Straßenbild nicht mehr wegzudenken: die Coffee-to-go-Becher. Doch gerade ihre Beliebtheit erzeugt ein massives Problem. Massenweise landen die Einwegbecher im Müll oder der Landschaft. Die Deutsche Umwelthilfe hat nachgerechnet und kommt zu der erschreckenden Zahl von 320.000 Bechern, die stündlich in Deutschland verbraucht werden. Es ist an der Zeit, das zu ändern. In Freiburg hat man sich bereits auf den Weg gemacht. Im spülmaschinenresistenten „FreiburgCup“ wird gegen Pfand in sechzehn kaffeeausschenkenden Betrieben im Stadtgebiet das Heißgetränk ausgegeben, und nach Verzehr der Becher wieder zurückgenommen. Was den Freiburgern ihr Cup ist den Hamburgern ihr „Refill it“-Becher. Beide Bechersysteme bestehen aus strapazierfähigem Plastik (Warum eigentlich nicht Porzellan?) und sind recht adrett anzusehen. Der Bielefelder Hotel- und Gaststättenverband ist von dem Gedanken eines gemeinschaftlichen Bechers nicht besonders angetan, weil die Kaffeeläden dann ihre eigene Werbung nicht auf dem Becher platzieren können. Ferner würden der Pfandidee noch viele Hygieneaspekte im Wege stehen. Aber für all diese Einwände scheint es Lösungen zu geben, wie die Beispiele aus den anderen Städten zeigen. Ist es nicht auch eine gute Werbung für das eigene Geschäft, sich an so einem zukunftssträchtigen Projekt zu beteiligen? Eine gute Werbung für die Stadt wäre es allemal, wenn „Plörre-Pott“ oder „Schlür-Schluck“-geschmückte Becher das Stadtbild bereichern.

LWL in Kürze

Kulturelle Teilhabe von Anfang an

Der LWL übernimmt mit seinen Kultureinrichtungen und ihren differenzierten Angeboten eine wichtige Rolle im Rahmen der kulturellen Bildungsarbeit in der Region. Darüber hinaus bietet er einzigartige außerschulische Lernorte. Damit diese Einrichtungen allen Kindern und Jugendlichen offenstehen, fordern wir den freien Eintritt in alle Dauerausstellungen der Kultureinrichtungen, die sich mehrheitlich oder ganz in der Trägerschaft des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe befinden.

Museen halten in ihren Beständen einen immensen Schatz kultureller Darbietung vor. Viele Werke wurden und werden mit öffentlichen Mitteln angekauft. Hiermit haben die Bürger*innen durch ihre Steuern bereits einen Beitrag zum Erhalt des kulturellen Erbes erbracht. Dies gilt auch für die Steuerzahler*innen von morgen.

In Zeiten des gesellschaftlichen Wandels ist die frühe Auseinandersetzung mit kulturellen Unterschieden essentiell. Viele Museen haben bereits positive Erfahrungen mit kostenfreiem Eintritt gemacht. Zu diesen Museen gehören beispielsweise die Kunsthalle in Bielefeld oder das Museum Folkwang in Essen. Zudem wird momentan auch auf Landesebene geprüft, wie der kostenfreie Eintritt gefördert werden kann.

Bereits am 20.11.2014 warnte LWL-Landesdirektor Andreas Löb in seiner Rede zur Einbringung des Haushalts, dass wir Gefahr liefen, die jüngste Generation für Museen zu verlieren und forderte den kostenfreien Eintritt für Kinder und Jugendliche in allen LWL-Museen. Diesen Vorstoß begrüßen wir, denn er griff damit eine alte Forderung der GRÜNEN LWL-Fraktion auf. Kindern und Jugendlichen freien Eintritt zu gewähren, bedeutet die Museen nachhaltig aufzustellen, in dem die jeweilig jüngste Generation einen leichten Zugang erhält und so kulturelle Neugier geweckt und unterstützt wird. Auf diese Weise werden langfristig neue Besucher*innengruppen gebunden.



Jens Burnicki
ist Mitglied der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe und kulturpolitischer Sprecher der GRÜNEN LWL-Fraktion.

Bundesfrauenkonferenz

Girls just wanna have fun (-damental rights)

Unter dem Motto „Because it's 2016“ kamen im Oktober 2016 GRÜNE Frauen aus ganz Deutschland in Hannover zusammen, um 30 Jahre Frauenstatut zu feiern.

Der Freitagabend war geprägt von Reden verschiedener Frauen aus Politik und Gesellschaft. Neben Gesine Schwan, die die Laudatio hielt, kamen auch Simone Peter und die Journalistin, Bloggerin und Netz-Aktivistin Kübra Gümüşay zu Wort. Den Abend beschloss eine Talkrunde mit Marieluise Beck und Claudia Roth, die davon berichteten, wie die erste Bundesfrauenkonferenz 1986 gestaltet wurde und was sich seitdem alles geändert hat. Die Frauenquote war auch damals nicht unumstritten, Selbstbestimmung in Bezug auf den § 218 war hingegen ein zentrales Thema.

Bevor sich am Samstag die Teilnehmerinnen in einer Workshop-Phase selbst einbringen konnten, referierten sechs Rednerinnen in kurzen Wortbeiträgen zum Thema „Feminismus zwischen Schutz und Selbstbestimmung“. Die Wortbeiträge waren inhaltlich vielfältig und wurden von den unterschiedlichen Rednerinnen abwechslungsreich aufbereitet.

Umrahmt wurde die Konferenz von einem feministischen Kulturprogramm, das neben Musik auch Lesungen und Poetry Slam bot und es den Teilnehmerinnen vereinfachte, mit anderen Feministinnen aus ganz Deutschland ins Gespräch zu kommen.



Bevor das Abschlusspodium GRÜN-feministische Visionen für die nächsten 30 Jahre diskutierte, blickte Katrin Göring-Eckardt auf frauenpolitische Erfolge der Vergangenheit zurück. Sie empfahl das GRÜNE Frauenstatut und die Quote auch allen anderen Parteien und Organisationen und zeigte sich erschüttert darüber, dass Frauen auch heute noch für viele Selbstverständlichkeiten kämpfen müssen.

Immer wieder forderten die Rednerinnen die Besucherinnen in ihren Redebeiträgen dazu

auf, auch weiterhin für gleiche Rechte zu kämpfen und warnten vor dem gesellschaftlichen Rollback in ein Rollenverständnis der Nachkriegszeit und dem rauer werdenden Ton in der Gesellschaft.

Kreislaufwirtschaft

Wie viel C2C steckt im Verpackungsgesetz?

Das Bundesumweltministerium entwickelte 2015 einen neuen Entwurf für ein Wertstoffgesetz. Der Entwurf läuft mittlerweile unter dem Titel „Verpackungsgesetz“ – und lässt leider nicht auf entscheidende Schritte in Richtung Kreislaufwirtschaft hoffen.

Das Duale System beziehungsweise der Grüne Punkt läuft parallel zu Glascontainern, Restmüll-, Bio- und Papiertonne und entsorgt nur Verpackungen, in denen die Entsorgungskosten bereits beim Kauf enthalten sind. Werden andere Stoffe (Fehlwurf) in der Gelben Tonne entsorgt, wird diese Entsorgung nicht bezahlt und die privaten Entsorger*innen bleiben auf den zusätzlichen Kosten sitzen. Ein Wettbewerb, bei dem kundenfreundliche Preise ausgehandelt werden, ist seit den 1990er-Jahren nicht entstanden.

Mittlerweile ist unsere Technologie so weit, auf Mülltrennungsbändern bis zu zehn verschiedene Kunststoffarten voneinander zu trennen, ebenso wie Faserstoffe und Metalle. Dennoch werden immer noch zu viele Abfälle einer energetischen Verwertung zugeführt oder gleich per Restmüll entsorgt. Höchste Zeit zu handeln!

Die Bundesregierung wird diesem Auftrag jedoch nicht gerecht. Nach vielfacher Kritik der kommunalen Träger, der GRÜNEN Opposition und der Umweltverbände überarbeitete das Bundesum-

weltministerium das Wertstoffgesetz und hat statt einem Wertstoffgesetz jetzt nur noch ein „Verpackungsgesetz“ vorgesehen, das zumindest als wenig ambitioniert zu bezeichnen ist. Es zielt zwar auf dem Papier noch auf Müllvermeidung ab (§ 6 Abfallhierarchie), wird aber wohl kaum Wirksamkeit entfalten. Unter anderem ist keine Erhöhung der Recyclingquoten vorgesehen, sodass letztendlich nur ein sehr geringer Teil der umlaufenden Wertstoffe einer Wiederverwertung zugeführt werden wird. Die Chance einer wirklichen Müllvermeidung und einer wirklichen stofflichen (d. h. mindestens gleichwertigen) Wiederverwertung wird grundlos vertan, das stark kritisierte 'Duale System' bleibt bestehen und führt zur unnötigen Doppelgleisigkeit.

Die Chancen sinken, noch in dieser Legislaturperiode die dringende Reform der Hausmüllentsorgung auf den Weg zu bringen (die gewerbliche Müllentsorgung ist hier ebenfalls noch nicht geregelt!) – und die entscheidenden Weichen für die Etablierung einer Kreislaufwirtschaft zu stellen.

Aktuelles aus dem Kreisvorstand

Wahlen, Wandel, Wechsel

Der amtierende Kreisvorstand steht am Ende seiner Amtszeit – und wirft einen Blick in die Zukunft.

Liebe Freund*innen, mit großen Schritten nähert sich uns das Wahljahr 2017 und die ersten Entscheidungen sind bereits gefallen: Unsere Bielefelder Abgeordnete Britta Haßelmann tritt auf Platz eins der NRW-Liste für den Bundestag an! Landtagsmitglied Matthi Bolte hat mit Platz 14 auf der Landtagsliste eine aussichtsreiche Platzierung und auch Christina Osei gratulieren wir zu ihrem Platz 49!

Bielefeld ist somit hervorragend in NRW vertreten und wir werden mit unseren Direktkandidat*innen Matthi, Christina und Thorsten Schmolke alles für ein knall-GRÜNES Bielefelder Ergebnis tun.

Dank der Potentialstudien des Landesverbandes wissen wir von etwa 57.000 Bielefelder Haushalten, in denen sich Menschen gut vorstellen können, bei den kommenden Wahlen GRÜN zu wählen. Von diesen wollen wir möglichst viele direkt ansprechen. Dies funktioniert am effektivsten über Haustürwahlkampf. Wir laden alle Mitglieder ein, im GRÜNEN Büro zum Schulungstermin im Januar vorbeizukommen und sich von der Wirksamkeit und der Freude am Haustürwahlkampf überzeugen zu lassen!

Auch personell sind wir für den Wahlkampf gut aufgestellt, obwohl wir vor der Herausforderung standen, für Lisa Waimann eine Elternzeitvertretung zu finden. So gerne wir mit Lisa zwei fantastische Wahlkämpfe bestritten hätten, freuen wir uns natürlich auch sehr über ihr familiäres Glück. Zudem konnten wir mit Wiebke Vetter eine vertraute Elternzeitvertretung für die Geschäftsführung gewinnen, die bereits aus Praktika und Sommerzeitvertretung weiß, wo im GRÜNEN Büro der Hammer hängt.

Dieser **big**-Bericht wird der letzte aus diesem Vorstand sein, denn im Februar werden wir auf der Jahreshauptversammlung einen neuen Vorstand wählen. Unsere Sprecherin Ruth Wegner wird aus beruflichen Gründen nicht mehr als Sprecherin kandidieren.

Es gilt also, im Februar zumindest eine neue Frau in den Kreisvorstand zu wählen. Wir freuen uns aber natürlich auch über jede andere Kandidatur aus der Mitgliedschaft. Ohne Euch geht es eben nicht!



So sehen Sieger aus: Unsere Direktkandidaten Thorsten Schmolke, Christina Osei und Matthi Bolte

Wenn diese **big** erscheint, werden viele von Euch bereits einen Anruf von Vorstandsmitgliedern, Landtagswahlkandidat*innen, Hauptamtlichen oder Abgeordneten bekommen haben. Denn ohne unsere aktive Mitgliedschaft sind wir im Wahlkampf aufgeschmissen. Aus diesem Grund wollen wir mit Euch persönlich darüber sprechen, ob und wie ihr einen Beitrag zum Wahlkampf leisten könnt. Dabei ist uns eine Stunde Haustürwahlkampf genauso viel wert wie der Wahlkampfstand am Wochenmarkt oder eine Plakatspende. Wenn ihr uns zusätzlich eine Rückmeldung geben wollt, füllt doch einfach den Umfragebogen aus, der dieser **big** beigelegt ist. Mit diesem könnt ihr uns zusätzlich mitteilen, ob ihr Euren Mitgliedsbeitrag erhöhen wollt oder eine Einmalspende leisten könnt. Für Unterstützung jeder Art danken wir Euch schon jetzt.

Nach so viel Aussicht auf das Jahr 2017 wollen wir aber auch kurz noch einmal auf unser GRÜNES Jahr 2016 in Bielefeld zurückblicken. Wir freuen uns sehr, dass unser neues politisches Diskussionsformat „GRÜNES Vorglühen“ so regen Anklang findet. Mit dem GRÜNEN Kino haben wir ebenfalls einen erfolgreichen Start hinge-

legt und in viele neue Gesichter bei GRÜNEN Veranstaltungen blicken können – und dies bisher kostendeckend. Auch das Engagemnt in den Arbeitsgemeinschaften hat uns sehr beeindruckt. Natürlich sind wir auch stolz, mit Cem Özdemir, Toni Hofreiter, Volker Beck, Sylvia Löhrmann, Terry Reintke und Omid Nouripour wieder GRÜNES Spitzenpersonal in Bielefeld als Gäste begrüßt zu haben. Nicht zu vergessen sind hier natürlich auch die vielen Aktionen, die unsere Bielefelder Abgeordneten Britta Haßelmann, Matthi Bolte und Sven Giegold unterstützt haben.

Das Jahr 2016 wäre ohne unsere Mitglieder nicht möglich gewesen. Dafür danken wir Euch herzlich: Für jede Stunde Freizeit, die ihr uns GRÜNEN geschenkt habt, und für jeden Euro, den Ihr uns überwiesen habt. Es ist super, dass Ihr mit uns zusammen GRÜN gestaltet, und es ist noch besser, dass wir immer mehr werden: Zum Zeitpunkt dieses Artikels sind wir 438 Mitglieder und GRÜN wächst weiter.

So kann 2017 ein GRÜNES Jahr werden. Wir freuen uns darauf.

Euer Vorstand

Rechtspopulismus

Donald J. Trump als Lehrer und Katalysator

The American Dream turns into an American Nightmare but there is still hope!

Willkommen im Zeitalter des Populismus, in dem entscheidende Fakten beiseite gewischt und durch „passendere“ Gefühle ersetzt werden. Wozu auch komplizierte Texte in diversen Printmedien lesen, wenn man auch einfach mit ein paar Klicks bei Facebook sein Urteil fällen kann. Noch nie war Propaganda so billig und einfach. Was nun?

Die Welt ist geschockt. Die Nachricht verbreitet sich über Nacht. Donald J. Trump steht kurz davor, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika zu werden. Auf die erste Welle der Verwirrtheit und des Unglaubens folgt Wut. Unvorstellbare Wut. Wut der Welt auf die Bevölkerung der USA, Wut der Trump-Gegner*innen auf die Trump-Befürworter*innen, Wut der abgehängten US-Amerikaner*innen auf das System und die Sündenböcke. Wut auf Hillary Clinton. Wut auf Fremdes und Unbekanntes.

Wut. Wut. Wut.

Auch ich war wütend, ich war kurze Zeit sogar rasend vor kochender Wut. Mir fehlten Antworten. So viele Antworten. Es hat Stunden gedauert, bis ich wieder zur Vernunft gekommen bin. Warum wählt man einen Präsidentschaftskandidaten der offensichtlich und permanent lügt? Wie kann man nur einen homophoben, islamophoben, sexistischen und rassistischen Menschen wählen, der sich ausschließlich durch verachtende Hetze gegen alles und jede*n bemerkbar macht? Was versprechen sich Menschen durch die Wahl Donald J. Trumps?

Die heruntergebrochene Antwort lautet: Aufgrund seines unmöglichen, peinlichen und widerlichen Verhaltens, besonders im Gegensatz zu all den anderen vermeintlich aalglatten Politiker*innen, wurde Donald J. Trump zugetraut, mit dem System und der Politik aufzuräumen und die vermeintliche Teufelsspirale zu durchbrechen.



Neben den US-Präsidentschaftswahlen gibt es auch hier in Europa einen Rechtsruck, hervorgerufen durch den Aufschwung rechter Populist*innen, unter anderem auf Basis wachsender sozialer Ungerechtigkeit in der Gesellschaft. Zu allem Unglück stellen dabei die Herausforderungen der Fluchtbewegungen sowie der Einfluss sozialer Medien auf die Meinungsbildung einen erheblichen Faktor dar.

Viel zu tun!

Daher kommt es auf uns GRÜNE nun mehr denn je an! Es muss endlich wieder Politik für den kleinen Mann und die kleine Frau geben. Gleichzeitig müssen wir unsere Umwelt schützen und Frieden in der Welt fördern! Dazu müssen wir GRÜNE sichtbarer sein, sowohl in den Städten und Kommunen, als auch bei den Menschen zuhause, in den Fernsehern und vor allem im Internet. Wir müssen am Puls der Stadt sein, wir müssen leuchten. Ein Leuchtturm der Erkenntnis, der Liebe und des Friedens, an dem alle Bürger*innen Anschluss und Halt finden.

Dies schaffen wir, indem wir unsere Politik weiter öffnen, mehr in den Austausch mit der Bevölkerung gehen und Politik interessant und zugänglich für jede*n machen. Wir müssen **#fresh**, **#sexy** und **#grün** sein, um junge Leute und Nichtwähler*innen zu erreichen. Wir brauchen Spitzenkandidat*innen, denen jede*r gerne zuhört und die auch mit wenigen Worten viel ausdrücken können, dabei aber keine Fakten weglassen lassen. Wir müssen aus unseren Kokons ausbrechen und uns trauen zu fliegen. Das heißt, die Superheld*innen in uns

hervorkommen zu lassen, mutig zu sein und sowohl mit Fakten als auch mit Lösungen bewaffnet rechten Hetzer*innen sowie Umweltzerstörer*innen jederzeit und überall entschieden entgegenzutreten.

Wenn wir es damit schaffen, einen Trend zu setzen, der sich dadurch auszeichnet, sich reflektiert, nachhaltig und intelligent mit der Welt auseinanderzusetzen, haben wir einen riesigen Schritt getan. Um irgendwann in einer Welt zu leben, in der es **#cool** ist, die Umwelt zu erhalten, und der- oder diejenige mit dem geringsten ökologischen Fußabdruck in der Schule am beliebtesten ist. Und in einer Welt, in der wir uns von den heutigen Statussymbolen trennen und sie durch energie- und ressourceneffizientere Dinge ersetzen.

Mit diesen Worten und dieser Vision entlasse ich uns alle in eine schöne Weihnachtszeit und freue mich auf zwei spannende Wahlkämpfe mit Euch, der GRÜNEN JUGEND NRW und der GRÜNEN JUGEND im Bund. In diesen Wahlkämpfen können wir mit zuvor Gesagtem anfangen und Folgendes hinausschreien: „Make **#peace**, **#humanrights** and **#environmentalprotection** **#greatagain**.“



Dominik Schnell engagiert sich in der GRÜNEN Jugend Bielefeld und ist Mitglied des Kreisvorstandes.



TERMINAR

REGELMÄSSIGE GRÜNE TERMINE:

Café International

jeden 1. Samstag im Monat
11.00–14.00 Uhr im KV-Büro
Infos: gabi.schmiegelt@gruene-bielefeld.de

AG Cradle to Cradle

Termine im Kalender
Infos: bijan.riazi@gruene-bielefeld.de

AG Europa

Termine im Kalender
Infos: michael.gorny@gruene-bielefeld.de

GRÜNE Frauengruppe

jeden 3. Samstag im Monat,
11.00 Uhr im KV-Büro
Infos: ruth.wegner@gruene-bielefeld.de

WahlkampfGRÜN

jeden Mittwoch
18.00 Uhr im KV-Büro
Infos: info@gruene-bielefeld.de

AG Sozialpolitik

jeden 1. Mittwoch im Monat
20.00 Uhr im KV-Büro
Infos: michael.gorny@gruene-bielefeld.de

... UND IMMER MONTAGS:

16.30–18:00 Uhr: Arbeitskreise der Fraktion
18.00–19.30 Uhr: Fraktionssitzung
(Sitzungen finden im Alten Rathaus statt,
entweder im Fraktionsbüro
oder im Nahariya-Raum)

Aktuelle Termine

auch unter www.gruene-bielefeld.de

AKTUELLE TERMINE:

6.1., 11.30 Uhr

Mittagstalk mit Robert Habeck
Umweltminister Schleswig-Holstein
(Neue Börse)

14.1., 10.00–18.00 Uhr

Schulung Wahlkampfteam
Infos und Anmeldung im KV-Büro (KV-Büro)

29.1., 11.00 Uhr

GRÜNES Neujahrstreffen
(Hechelei)

10.2., 19.00 Uhr

Diskussion Innere Sicherheit
mit Irene Mihalic (MdB)

18.2., ca. 10.00–18.00 Uhr

Jahreshauptversammlung
(Neue Schmiede)